

LANDTAGS NACHRICHTEN

11. Dezember
9 / 2014
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zu den Konsequenzen aus der NSU-Mordserie +++ 20 Jahre Landesverfassung M-V +++ Aussprache: 25 Jahre Mauerfall +++ Anhörung Schulgesetz +++ Anhörung Länderfinanzausgleich +++ Anhörung Netzausbau und Netzentgelte +++ 10. Jugendgeschichtestag im Schweriner Schloss +++ Praktikanten in der Landtagsverwaltung +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker) Schweriner Schloss

3	GASTKOLUMNE	Sandra Luner (Antenne MV) zum 20-jährigen Jubiläum der Landesverfassung
4–7	SPEZIAL	20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern – Festakt des Landtages im Plenarsaal des Schweriner Schlosses
8–23	AUS DEM PLENUM	
8–9	Aktuelle Stunde	„NSU-Mordserie – Handlungsempfehlungen auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen“
10–13	Berichte	Haltungsbedingungen für Puten verbessern Besserer Schutz von Minderjährigen bei Internet-Diensten Keine anlasslose Korruptionsüberprüfung von EU-Fördermittel-Empfängern Hilfe und Schutz für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt
14	Weitere Beschlüsse	Umweltinformationsgesetz Keine Karenzzeit für aus dem Amt ausscheidende Ministerpräsidenten und Minister Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2012 Zukunft des Schienenpersonenfernverkehrs Immunitätsangelegenheiten
15–23	Aussprache	„25 Jahre Mauerfall – 25 Jahre Freiheit und Demokratie für unser Land“
24–27	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Finanzausschuss:</i> Nicht öffentliche Anhörung zur Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen Informationsfahrt zum Schloss Bothmer <i>Energieausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zur fairen Kostenverteilung für den Netzausbau <i>Bildungsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zur Schulgesetz-Novelle <i>Enquetekommission:</i> Demografie-Stempel in Bielefeld und Dorfkümmerer in Brandenburg
28–30	PANORAMA	„Zeitenspringer“ – 10. Jugendgeschichtestag im Landtag Praktikanten in der Landtagsverwaltung
31	VORSCHAU	Sitzungsplan 2015 des Landtages

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nah an den Menschen

Zum 20-jährigen Jubiläum
der Landesverfassung

Man kommt ja aus dem Feiern in diesem Herbst gar nicht mehr raus. 25 Jahre friedliche Revolution, Jahrestag der (Gänsehaut-)Genscher-Rede auf dem Balkon der Deutschen Botschaft in Prag und 25 Jahre Mauerfall mit einer sagenhaften Licht-Installation quer durch Berlin.

Was Emotionen und Show-Effekte angeht, kann das Jubiläum „20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern“ da nicht mithalten. Es klingt schon etwas sperrig. Es gibt einen Festakt im Schloss – und keine Spielfilm-Adaption im dritten Programm.

Wobei sie wahrlich nicht unspannend war, die Zeit der Verfassungs-Findung Anfang der 1990er-Jahre. Geprägt von einer ungeheuren Aufbruch-Stimmung, von einer Begeisterung über die neue Freiheit und dem Bewusstsein, jetzt etwas Neues schaffen und mitgestalten zu können. Bestimmt aber auch von den Sorgen vieler Menschen um ihre Zukunft, ihren Arbeitsplatz und ihre soziale Absicherung. Landtagspräsident a.D. Rainer Prachtl hat in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Landesverfassung eindrucksvoll daran erinnert, wie nah die Politik damals den Menschen war. Dass man „über Marktplätze gezogen und vor Fabrikatoren gestanden“ habe, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren. Wie wichtig es gewesen sei, die Menschen in den Prozess der Verfassungsgebung einzubeziehen.

Um viele Punkte hatten die Mitglieder der Verfassungskommission erbittert gestritten: Ob ein Grundrecht auf Arbeit in der Landesverfassung festgeschrieben werden sollte oder in welcher Form plebiszitäre Elemente Berücksichtigung finden. Verfassungsrechts-Experten aus dem Westen wurden hinzugezogen, nicht nur bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Die Mitglieder der Verfassungskommission einte am Ende aber vor allem das Ziel, eine Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern zu schreiben, die nah an den Menschen ist, die „etwas Eigenes“ ist, die nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern die bestmögliche Basis für eine Mehrheit bildet – wie sie beim Volksentscheid am 12. Juni 1994 dann auch erreicht wurde.

Die in der Verfassung festgeschriebenen staatsbürgerlichen Rechte erscheinen uns heute selbstverständlich. Wir sagen unsere Meinung, wir können frei und geheim wählen oder auch kandidieren. Wir wissen unsere persönlichen Daten



Foto: Antenne MV

Sandra Luner studierte in Kiel Geschichte und Deutsch. Nach einem Volontariat bei R.SH und mehreren Einsätzen als Korrespondentin in Schwerin wechselte sie 1993 in die Nachrichtenredaktion von Antenne MV.

weitgehend geschützt, wir unterstützen vielleicht eine Initiative gegen die Gerichts-Reform, und wir nutzen den Wald als frei zugängliches Erholungsgebiet.

Die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns ist nach 20 Jahren kein Top-Thema in den Medien. Sie ist nicht „sexy“ – sie steht bestenfalls unauffällig im Bücherregal. Das 20-jährige Jubiläum war daher ein guter Anlass, die Verfassung unseres Landes, ihre Macher, ihre Bewahrer und Bewacher mit einer Festveranstaltung und prominenten Rednern ins Rampenlicht und ins Bewusstsein vor allem jüngerer Generationen zu rücken.

„ Nicht nur kleinster gemeinsamer Nenner, sondern bestmögliche Basis für eine Mehrheit. “

Rainer Prachtl wünschte sich in seiner Rede auf der Festveranstaltung im Landtag „mehr leidenschaftliche Erzieher, Eltern, Politiker, Wissenschaftler und Pastoren, die unsere Landesverfassung lebendig in die Herzen unserer Menschen pflanzen“. Als Beispiel für eine gelungene Wertevermittlung beschrieb er eine Szene, die er in Hildesheim beobachtet hatte: Ein Lehrer erklärte seiner siebten Klasse anhand lateinischer Gebäudeinschriften die jahrhundertealten Grundsätze staatlichen und moralischen Handelns, wie sie bis heute das Zusammenleben in Gesellschaften prägen.

Bei uns im Land bekommen Schüler zusammen mit dem Abschlusszeugnis eine gedruckte Landesverfassung. Vielleicht wäre die siebte Klasse der günstigere Zeitpunkt dafür. Man könnte den Artikel 78 der Verfassung schlicht um ein Wort ergänzen: „Jeder Schüler erhält spätestens bei seiner Entlassung aus der Schule einen Abdruck dieser Verfassung...“.

Sandra Luner



Verfassungs-Gedenkfeier im Plenarsaal am 12. November 2014.

Solides Fundament für ein Leben in Frieden und Freiheit

Landtag würdigte 20-jähriges Jubiläum der Landesverfassung mit einem Festakt im Plenarsaal

Es war eine schwere Geburt: Rund drei Jahre hatte eine Kommission Anfang der 1990er-Jahre gebraucht, um ihr auf die Beine zu helfen. Dann erblickte sie das Licht der Welt, und die Begrüßung war zunächst zurückhaltend. Nun ist sie zwanzig Jahre alt – und allgemein anerkannt.

Fotos: Uwe Balewski



v.l. Beate Schlupp, Vize-Präsidentin des Landtages; Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern; Hannelore Kohl, Präsidentin des Landesverfassungsgerichts; Rainer Prachtl, Präsident des Landtages 1990 – 1998 und Vorsitzender der Verfassungskommission.

Die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern trat am 15. November 1994 nach zähem Ringen in Kraft. Und zwar im Plenarsaal des Schlosses, des neuen Landtagssitzes des damals noch jungen Bundeslandes. Jetzt, am 12. November 2014, hat der Landtag an eben dieser Geburtsstätte mit einer Festveranstaltung an das Jubiläum erinnert. Und auch auf die Geburtswehen des 80 Artikel umfassenden Grundrechte-Werkes zurückgeblückt. Im Juni 1994 hatte es

die Feuertaufe bei einem Volksentscheid bestanden. Wenn auch knapp: mit 60,1 Prozent der Stimmen.

Dass die Bevölkerung nur wenige Jahre nach der friedlichen Revolution direkt und unmittelbar über die Verfassung abstimmen konnte, sei ein „Zeichen höchstmöglicher demokratischer Teilhabe“, sagte Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp** auf der Festveranstaltung. Die Menschen legten damit „ein Bekenntnis ab zu Demokratie, Freiheitlichkeit und Rechtsstaat, zu Chancengleichheit, Toleranz und Weltoffenheit.“ Die gemeinsame Identität eine das Land Mecklenburg-Vorpommern auf allen Ebenen, unterstrich die Vize-Präsidentin.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** erinnerte an die Phase des Aufbruchs nach der Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Erarbeitung der Landesverfassung sei eines der wichtigsten Vorhaben gewesen. „Im Ergebnis der hervorragenden Arbeit der Verfassungskommission ist eine Verfassung entstanden, die – gestützt auf unsere gemeinsamen Werte – bis heute unverzichtbare Grundlage für die positive Entwicklung des Landes ist“, erklärte der Regierungschef. Die Verfassung sei die Grundlage für das, was im Land erreicht wurde, für die Arbeit aller bisherigen Landesparlamente und Regierungen, so unterschiedlich sie auch waren.

Die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts **Hannelore Kohl** hat in den Verfassungen der ostdeutschen Bundesländer eine Gemeinsamkeit festgestellt: Hier schlage sich häufig das nieder, was die Menschen dachten und fühlten. In einem ist sie sicher: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat seine Bewährungsprobe bestanden – und die Landesverfassung auch.“ Dass es bisher nur vier Verfassungsänderungen gab, könne als Beleg dafür gewertet werden. Für Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp ist diese Dynamik in der Verfassung nicht etwa Ausdruck von Unvollkommenheit. Es sei vielmehr ein großer Vorteil, wenn der Verfassungsgesetzgeber mit Änderungen auf den Wandel in der Gesellschaft reagieren könne.

Für **Rainer Prachtl**, den ersten Landtagspräsidenten des neu gegründeten Bundeslandes nach dem Mauerfall, hat das Jubiläum eine besondere Bedeutung. „20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern: Das bedeutet 20 Jahre solides Fundament für ein Leben in Frieden und Freiheit. Das bedeutet 20 Jahre Fundament für einen Wertekanon, der den Menschen in den Vordergrund stellt“, sagte er. „Das sind 20 Jahre Zielbestimmungen, die unser Land Mecklenburg-Vorpommern enorm vorangebracht haben und im Sinne der Verfassungsgeber dieses Land zu einem selbstbewussten Glied der Bundesrepublik Deutschland haben werden lassen. Das sind Staatszielbestimmungen, die dazu beigetragen haben, unserem Land eine eigene Identität zu geben“, rief er den Zuhörern in Erinnerung.

Die Landesverfassung schreibt unter anderem Grundrechte und Staatsziele fest. So zum Beispiel den Schutz von Kindern und Jugendlichen, die Förderung von Kultur und Wissenschaft, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verpflichtung zu Frieden und Gewaltfreiheit.

Die damalige PDS hatte vor dem Volksentscheid mit einer großen Kampagne versucht, die Staatsziele unter anderem um ein Recht auf Arbeit zu erweitern. Sie sammelte 65.000 Unterschriften. Da sich im Landtag trotzdem keine Mehrheit für eine Änderung vor dem Volksentscheid fand, rief die PDS zur Ablehnung der Verfassung auf. Auch den Bündnisgrünen und vielen Sozialdemokraten waren die sozialen Ziele des Landes nicht konkret genug formuliert.



Foto: Uwe Baleswski

v.l. Karsten Lauke (Kontrabass), Andreas Winkler (Marimbaphon) und Hajo Willimczik (Klarinette) zeigten als Trio Artpassion, wie harmonisch ein Zusammenspiel dreier Solisten sein kann – was durchaus als Metapher für die drei Gewalten Parlament, Regierung und Rechtsprechung verstanden werden konnte.

Bisherige Verfassungsänderungen

4. April 2000

Artikel 72 (Kommunale Selbstverwaltung)

Eingefügt wurde der Passus, dass für Mehrkosten, die den Gemeinden und Kreisen durch die Übertragung von öffentlichen Aufgaben durch das Land entstehen, ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen ist („striktes Konnexitätsprinzip“).

14. Juli 2006

Artikel 12 (Umweltschutz)

Aufnahme des Tierschutzes

Artikel 14 (Schutz der Kinder und Jugendlichen)

Ergänzung des Absatz 1 durch die Festlegung, dass Kinder und Jugendliche durch staatliche und kommunale Maßnahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen sind. In einem neuen Absatz 4 werden Land, Gemeinden und Kreise verpflichtet, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft zu fördern.

Artikel 17 (Arbeit, Wirtschaft und Soziales)

Der besondere Schutz von alten Menschen und behinderten Menschen wurde herausgelöst und als gesonderter Artikel 17a neu eingefügt.

Artikel 27 (Wahlperiode)

Die Wahlperiode des Landtages wurde von vier auf fünf Jahre verlängert.

Artikel 52 (Landesverfassungsgericht)

Absatz 4 wurde modifiziert.

Artikel 60 (Volksbegehren und Volksentscheid)

Das Quorum für ein Volksbegehren wurde von 140.000 auf 120.000 Wahlberechtigte gesenkt.

3. Dezember 2007

Artikel 18a (Friedenverpflichtung, Gewaltfreiheit)

wurde neu eingefügt. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.

28. Juni 2011

Artikel 65 (Kreditbeschaffung)

Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Ausnahmen hiervon sind zulässig zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und seine Finanzlage erheblich beeinträchtigen. Die zulässigen Kredite sind innerhalb eines bestimmten Zeitraums vollständig zu tilgen.

Sachlichkeit, Akzeptanz und Toleranz

Interview mit Andreas Bluhm zur
Arbeit der Verfassungskommission



Andreas Bluhm (DIE LINKE) gehörte dem Landtag von 1990 bis 2011 an. Er war Mitglied der Verfassungskommission und von 2001 bis 2011 Zweiter Vizepräsident des Landtages. In dieser Funktion begrüßte er am 26. September 2010 den damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse zu einer Beratung der Petitionsausschüsse des Landtages und des Bundestages im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.
Foto: Cornelius Kettler

Der Verfassungskommission gehörten neben Abgeordneten Vertreter unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Kräfte an. Im Volksmund heißt es: Viele Köche verderben den Brei. Es ist allgemein anerkannt: die Verfassung ist gelungen und hat sich seit nun 20 Jahren bewährt. Wie war die Arbeit in der Kommission bei so vielen unterschiedlichen Akteuren?

Andreas Bluhm: Was das mit dem Brei betrifft, so trifft es wohl beim Kochen zu, in der Arbeit der Verfassungskommission hat sich das mit den vielen „Köchen“ sehr positiv ausgewirkt. Auch deshalb ist die Verfassung so anerkannt und tragfähig geworden. Die Kommission entsprach ja weder der damaligen Zusammensetzung des Parlaments noch den Mehrheitsverhältnissen.

Da war es sicher nicht einfach, zu einem Verfassungsentwurf zu kommen, der alle Beteiligten zufrieden stellte?

Andreas Bluhm: Das stimmt. So vielfältig wie die Zusammensetzung waren dann auch die unterschiedlichen verfassungspolitischen Positionen und Anträge. Die Vorstellungen reichten von einem reinen Organisationsstatut, das im Auftrag der drei Regionalbeauftragten der ehemaligen Bezirke Rostock (Hans Joachim Kalendrusch), Schwerin (Dr. Georg Diederich) und Neubrandenburg (Martin Brick) erarbeitet wurde, bis zu einer Vollverfassung, für die der „Regionalausschuss Verfassung“ der Runden Tische der drei Nordbezirke einen Entwurf vorgelegt hatte. Ausgehend von den vielen unterschiedlichen Positionen war es unsere Aufgabe in der Kommission, einen möglichst von breiter Zustimmung getragenen Verfassungsentwurf vorzulegen. Dementsprechend zogen sich Abwägung und Kompromissuche bis zum Schluss durch. Wohl auch deshalb war die Arbeit fast immer von Sachlichkeit, Akzeptanz und Toleranz geprägt; es wurde hart, aber auch fair miteinander verhandelt. Ich wünschte mir, dass das Prüfen und Abwägen von Argumenten in der heutigen politischen Praxis wieder mehr Gewicht bekäme.

Bei welchen Fragen gab es die größten Kontroversen?

Andreas Bluhm: Nun, unterschiedliche Auffassungen gab es innerhalb der Kommission zu fast allen Punkten. Die größten Unterschiede in den Positionen bestanden zu den Grundrechten und Staatszielen, zu den unmittelbaren Beteiligungsrechten für das Volk und auch zur Art der Verabschiedung der Landesverfassung. Lange war zum Beispiel strittig, ob für die Zustimmung im Parlament die einfache Mehrheit festgelegt oder eine Zwei-Drittel-Mehrheit gefordert wird. Die breite öffentliche Diskussion im Lande, die von der Kommission durchgeführte öffentliche Anhörung – unter Teilnahme von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen und Sozialverbänden, von vielen Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und gesellschaftlichen Organisationen – trugen dazu bei, bei so mancher Kontroverse einen Kompromiss zu finden. Heute stehen Staatsziele in der Verfassung, von denen damals einige meinten, sie seien nicht notwendig. Meine Fraktion fand es sinnvoller, Grundrechte zu verankern, zum Beispiel zu Arbeit, Wohnen usw. Dies fand aber keine Mehrheit. Das führte dann auch dazu, dass die Fraktion LL/PDS sich in der abschließenden namentlichen Parlamentsabstimmung der Stimme enthielt.

Können Sie ein Beispiel für einen schwierigen Kompromiss nennen?

Andreas Bluhm: Die Diskussionen über die Ausgestaltung von Initiativen aus dem Volk erstreckten sich über die gesamte Zeit der Kommissionsarbeit. Nachdem dann nach langen Diskussionen die Volksinitiative, das Volksbegehren und der Volksentscheid im Grundsatz vereinbart waren, ging es um die Festlegung der entsprechenden Quoren. Erst kurz vor der letzten Sitzung der Verfassungskommission kam es dann außerhalb der Kommission zu einer Einigung zwischen CDU und SPD, was im Anschluss zu heftigen politischen Auseinandersetzungen führte.

Welcher Artikel in der Verfassung ist Ihnen besonders wichtig?

Andreas Bluhm: Ich möchte zwei nennen: einen aus der Zeit der Arbeit in der Verfassungskommission und einen von den bisher erfolgten wenigen Änderungen der Verfassung. Ich war für meine Fraktion u.a. ja 21 Jahre bildungspolitischer Sprecher.

In Artikel 8 der Landesverfassung ist die Chancengleichheit im Bildungswesen als einklagbares Individualrecht verankert. Auch hierzu verständigte sich die Kommission erst zum Ende ihrer Beratungen. Seither müssen sich gesetzliche Regelungen an der Maßgabe dieses Artikels messen lassen. Hier wäre vielleicht manches aus dem heutigen Schulalltag zu prüfen, ob es Artikel 8 gerecht wird.

Auch wichtig ist mir die Verfassungsänderung im Jahr 2007 zur Einführung eines neuen Artikel 18a. Hier ist es gelungen, die Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit als Staatsziel zu verankern.

Vielen Dank für das Gespräch.



Foto: Jens Büttner

Im Artikel 16 der Landesverfassung sind Schutz und Pflege der niederdeutschen Sprache festgeschrieben. Stolz präsentiert der damalige Landtagspräsident Rainer Prachtl im Juli 1994 die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern „op platt“.

Die Landesverfassung gibt's auch auf platt

Sie ist eine Besonderheit und sehr beliebt: Die „Verfassung von dat Land Mäkelborg-Vörpommern“. In Artikel 16 der Landesverfassung hat sich Mecklenburg-Vorpommern zu Schutz und Pflege der niederdeutschen Sprache verpflichtet und deshalb auch eine Version „op platt“ herausgebracht. Sie kann – wie auch die hochdeutsche Variante – kostenlos beim Landtag bestellt werden.

Tel. 0385 / 525-2113,
oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de



Ut de Verfatung von dat Land Mäkelborg-Vörpommern

Artikel 59 (Volksinitiative)

(1) So wit dat Entscheiden von de Landdag reckt, köenen em ok von buten tau dörch dat Volk sülsen Upgaben tau politisches Denken un Hanneln stellt warden. Sonn´ Volksinitiative näumtes Wirken kann ok up ein Gesetz henstüern, wenn dat denn sinen rechten Grund finn´t.

(2) Tau ne Volksinitiative möten tauminnest 15.000 Ünnerschriften von Wahlberechdigde vörliggen. Dei sei verträden, hebben dat Recht, anhüürt tau warden.

(3) Up den Husholt von dat Land, up Afgaben un up Besoldung dörben sick de Volksinitiativen öewer nich betrecken, sei sünd nich verlöwt.

Artikel 60 (Volksverlangen un Volksentscheid)

(1) Dat Volksverlangen, Volksbegehren näumt, kann blot dorup henstüern, ein Lannesgesetz tau erlaten, tau ännern oder uptauhäben. De Vörlag´ tau sonn´ Gesetz möt gründlich affat´t sin. Achter dat Volksverlangen möten tauminnest 120.000 Wahlberechdigde stahn.

(2) Gesetze, dei Husholt, Afgaben un Besoldungen bedrapen, kann sick dat Volksverlangen nich tau'n Gegenstand maken. Ob dat Volksverlangen taulaten warden kann oder nich, doröewer urdeilt up den Andragg von de Lannesregierung oder von ein Viertel von alle Mitglieder von den Landdag dat Lannesverfatungsgericht.

(3) Wenn de Landdag de Vörlag´ tau dat Gesetz nich in de Tit von söß Maanden in sin Hauptsak ahn Afännerungen von Bedüden annähmen deit, denn möt dat nich tidiger as drei un nich späder as söß Maande, nahdäm dat de Frist aflopen is, oder nah den Besluß von den Landdag, de Vörlag´ nich as Gesetz antaunähmen, einen Volksentscheid öewer de Vörlag´ gäben. De Landdag kann öewer ok dat Volk öewer ne eigen Vörlag´ tau ein Gesetz, dat de Sak nah tau dat Volksverlangen stimmt, entscheiden laten.

(4) Ne Vörlag´ tau ein Gesetz is denn dörch Volksentscheid annähmen, wenn de Mihrheit von dei, dei afstimmen, taustimmt hett, wat öewer tauminnest ein Drüddel von alle Wahlberechdigden sin möt. De Verfatung kann dörch Volksentscheid blot denn afännert warden, wenn em zwei Drüddel von dei, dei afstimmen, ehr Stimm gäben, wat öewer tauminnest de Hälf von alle Wahlberechdigden sin möt. In de Afstimmung tellen blot dei Ja- un Neestimmen, dei ok güllig sünd.

Konsequenzen aus NSU-Mordserie gefordert

Aktuelle Stunde mit Wortgefecht zu Rechtsextremismus

Über die Aufarbeitung der NSU-Mordserie gab es in der Aktuellen Stunde des Landtages am 12. November eine hitzige Debatte. Die oppositionelle Linke, die das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, sparte nicht mit Kritik. Sie warf der Landesregierung Untätigkeit vor. Der Innenminister kündigte für Dezember einen Bericht an. In Rostock war 2004 der 25-jährige Mehmet Turgut erschossen worden. Der Mord an dem jungen Türken wird dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zur Last gelegt.



Peter Ritter (DIE LINKE)

Bisher sei keine einzige Handlungsempfehlung des Bundestags-Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Mordserie im Land umgesetzt worden, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion **Peter Ritter**. Er forderte vom Innenministerium den für Jahresende angekündigten Bericht ein. Das Thema Rechtsextremismus werde im Land heruntergespielt, sagte er. Auch die Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern müssten Vertrauen zurückgewinnen. Der Staat stehe seiner Ansicht nach weiterhin tief in der Schuld der NSU-Opfer und ihrer Angehörigen. Ritter erinnerte daran, dass vor etwa einem Jahr SPD, CDU, Linke und Bündnisgrüne im Landtag einen Beschluss zur Reform der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden im Land gefasst haben. Darin sei auch eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes gefordert worden. In der Praxis sei dies aber nur „Schall und Rauch“.



Innenminister Lorenz Caffier

Innenminister **Lorenz Caffier** erklärte, der geforderte Bericht sei bereits in der Ressortabstimmung und komme am

2. Dezember ins Kabinett. Er werde noch im Dezember dem Parlament vorgelegt. Natürlich werde die Thematik aufgearbeitet, sagte er. Allerdings sollten die bundesgesetzlichen Regelungen dazu abgewartet werden, die noch in diesem Jahr vorliegen sollen. Ein Alleingang der Länder sei nicht sinnvoll, erklärte Caffier. Er kündigte an, dass unter anderem der Einsatz von Vertrauenspersonen neu geregelt werde. Menschen, die Straftaten begangen haben, könnten nicht als V-Leute eingesetzt werden. Von den geplanten Reformen seien neben dem Verfassungsschutz auch die Justiz und die Polizei betroffen. So solle die Polizei beispielsweise „einen möglichen politisch motivierten Hintergrund vorrangig prüfen“ und verfolgen. Die von der Innenministerkonferenz im Vorjahr beschlossene Zusatzausbildung für Quereinsteiger beim Verfassungsschutz werde bereits umgesetzt.



Julian Barlen (SPD)

Der SPD-Abgeordnete **Julian Barlen** gab dem Minister Rückendeckung. Caffier habe das NPD-Verbotsverfahren sehr engagiert gefördert. „Daher rechne ich damit, dass er die NSU-Aufarbeitung genauso beharrlich vorantreiben wird“, sagte Barlen. „Das Totalversagen der Sicherheitsbehörden, diese Neonazibande zu stoppen, hat zehn Menschen das Leben gekostet und vielen, insbesondere den Angehörigen der Opfer, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat genommen“, erinnerte er. Viel zu lange seien die tatsächlichen Gefahren rechtsextremer Ideologie und Gewalt systematisch unterschätzt worden, kritisierte er. Aus dieser Not müsse nun eine Tugend gemacht und rechtsextremen Strukturen eine wirksame Strategie entgegengesetzt werden, forderte Barlen. Die Sicherheitsbehörden müssten auf den Prüfstand kommen, die Menschen zu Zivilcourage ermuntert und

gleichzeitig die staatlichen Hilfen für Projekte, Programme und ehrenamtliche Arbeit gegen Rechts ausgebaut werden.

Fotos: Uwe Balewski



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Fraktionschef der Grünen **Jürgen Suhr** warf der Landesregierung vor, das Thema auszusitzen. Es sei für ihn nicht akzeptabel, dass die dringend notwendige Reform bisher nicht angeschoben wurde. Der Bundestags-Untersuchungsausschuss habe bereits im August vergangenen Jahres 47 Handlungsempfehlungen für Justiz, Polizei und Verfassungsschutz gegeben. Es gehe etwa um eine bessere Zusammenarbeit der Behörden, um Standards bei der Gewinnung von Vertrauenspersonen und um eine bessere Qualifizierung des Personals der Verfassungsschutzbehörden. Doch in Mecklenburg-Vorpommern herrsche Stillstand. „Es wird so weitergemacht wie bisher“, kritisierte er. Zudem seien von der Innenministerkonferenz eine „Öffnung des Verfassungsschutzes nach außen“ und eine „stärkere parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden“ gefordert worden. Auch in dieser Hinsicht habe sich in den letzten ein- und einhalb Jahren nichts getan.



Michael Andrejewski (NPD)

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** übte allgemein Kritik an der Rolle von Untersuchungsausschüssen. „Es wäre besser, solche Untersuchungsausschüsse würden aus unabhängigen Richtern ohne Parteibuch bestehen“, sagte

er. Er relativierte die Rolle des Verfassungsschutzes. „Der Verfassungsschutz führt auch nur Befehle aus. Die Innenministerien sind es, die den Verfassungsschutz steuern“, betonte er. Innenministerium und Verfassungsschutz in Sachsen warf er vor, in Sachen NSU die Wahrheit zu verschleiern sowie wichtige Akten und anderes Beweismaterial vernichtet zu haben. Das hessische Innenministerium habe nie die wahre Rolle des Verfassungsschutzmitarbeiters Andreas Temme offengelegt, der bei dem Mord in Kassel dabei war und behauptet habe, er hätte nichts gehört. Das glaube kein Mensch, sagte Andrejewski und betonte: „Solange das nicht aufgeklärt wird, haben diese Handlungsempfehlungen überhaupt keinen Wert.“



Wolf-Dieter Ringguth (CDU)

Wolf-Dieter Ringguth (CDU) sagte, er vermisse den aktuellen Bezug im Thema, das die Linke gewählt hat. Dennoch bewege jeden Demokraten die Frage, wie es in einem Rechtsstaat zu dieser terroristischen Mordserie habe kommen können, räumte er ein. Die Gefahren des Rechtsextremismus würden aber in Mecklenburg-Vorpommern nicht unterschätzt, widersprach er der Opposition. Dafür stehe auch der Innenminister, betonte Ringguth. Erste Maßnahmen für eine bessere Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden seien auf Bundesebene bereits umgesetzt worden. Er nannte das Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum und die Rechtsextremismus-Datei. Der Bund sei gegenwärtig auch dabei, das Verfassungsschutzgesetz zu reformieren. Das werde auch direkte Auswirkungen auf den Landesverfassungsschutz haben. Er wünsche sich für zukünftige Debatten, „dass wir beim Thema NSU wieder zu einer gemeinschaftlichen Arbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg kommen“, sagte Ringguth.

Putenhaltung

Grüne fordern Verbot des Schnabelkürzens

Putenküken werden in Agrarbetrieben am ersten Lebens- tag die Schnäbel gekürzt. Tierhalter begegnen so dem Federpicken und Kannibalismus der Vögel. Die Grünen im Landtag lehnen dies ab. Am 13. November forderten sie mit einem Antrag im Parlament von der Landesregierung, sich für bessere Haltungsbedingungen der Tiere einzusetzen und insbesondere das Schnabelkürzen zu verbieten.



Foto: Jens Büttner

Trotz der steigenden Bedeutung der Putenhaltung gebe es keine Regelung in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, sagte die Grünen-Abgeordnete **Jutta Gerkan** im Landtag. Die freiwillige Selbstverpflichtung von Geflügelhaltern habe nichts gebracht und könne keine gesetzlichen Vorgaben ersetzen.

Putenfleisch habe in Deutschland einen wahren Boom erlebt, sagte die Grünen-Abgeordnete. Während 1970 ein Bestand von 850.000 Puten registriert wurde, seien es 2010 rund elf Millionen gewesen. Doch wer Wert auf gesunde Ernährung legt, sollte auch auf die Haltungsbedingungen achten, betonte Gerkan. Denn die Haltung der Tiere bestimme die Qualität des Fleisches wesentlich mit. Bisher stehe der ökonomische Aspekt im Vordergrund. „Das bedeutet Tierschutz auf geringstem Niveau“, kritisierte Gerkan.

Agrarminister **Dr. Till Backhaus** erklärte, im Land würden Puten nicht die Schnäbel gekürzt, da es keine Brütereien gebe und die Küken aus anderen Bundesländern, vor allem aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, eingeführt würden – schon mit gekürzten Schnäbeln. Damit verhindern die Halter, dass sich die Tiere gegenseitig verletzen und sogar töten. Backhaus kündigte jedoch an, dass Mecklenburg-Vorpommern ab 2018 keine Puten mit gekürzten Schnäbeln mehr einführen werde. Es liefen Pilotprojekte, um darauf zu verzichten.

Andreas Texter (CDU) zufolge gibt es in Mecklenburg-Vorpommern derzeit einen Bestand von rund 715.000 Puten, die in mehr als 60 Anlagen leben. Für die Haltung von Mastputen gebe es keine festen Regelungen auf europäischer Ebene. Er warnte vor einem Alleingang Deutschlands in dieser Frage. Dabei verwies er auf Erfahrungen mit einer vergleichbaren Verordnung für Legehennen. Nach einer

Verschärfung der Haltungsbedingungen seien viele Stallanlagen hierzulande ab- und in Polen wieder aufgebaut worden. Neben dem Tierschutz müsse in der Landwirtschaft immer auch die Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielen. Und diese sei bei der Putenhaltung derzeit kritisch. Seine Fraktion sehe derzeit keinen Handlungsbedarf und werde den Antrag ablehnen, sagte Texter.

Am Phänomen des Federpickens und des Kannibalismus bei Geflügel wird nach den Worten des agrarpolitischen Sprechers der Linksfraktion **Prof. Dr. Fritz Tack** seit 1873 geforscht. Es trete in der konventionellen wie in der ökologischen Haltung auf. Tack verwies darauf, dass sich zwei Weltkonzerne die Putenzucht teilen. Sie würden 95 Prozent der Putenküken weltweit liefern.

Verbesserungen in Hinblick auf Tierwohl, Produkt- und Prozessqualität seien wichtig, mahnte Tack an. Dabei müssten die Tierhalter aber eingebunden werden, so, wie es bei der freiwilligen Vereinbarung zwischen Tierschutzverbänden, Tierhaltern, Forschern und Politikern im Jahr 2013 geschehen sei. Die darin festgelegten Eckpunkte würden nach und nach umgesetzt. Die Freiwilligkeit und die Einbindung sind seiner Ansicht nach der richtige Weg. „Sie setzen einzig auf staatliche Kontrollen und Restriktionen“, warf Tack den Grünen vor. „Da machen wir nicht mit“, sagte er zur Begründung, warum seine Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Auch nach Meinung von **Thomas Krüger** (SPD) muss es das Ziel sein, langfristig auf das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen zu verzichten und generell die Tierhaltung zu verbessern. Allerdings sei dies ein schwieriges Unterfangen. Er forderte die Unterstützung der Wissenschaft ein, um dem Kannibalismus in der Putenhaltung zu begegnen. Zur Forderung der Bündnisgrünen nach mehr Kontrollen in den Ställen sagte Krüger: „Wir haben bereits ein enges Netz von Kontrollen.“ So müssten beispielsweise Tierärzte einmal im Monat jede Herde untersuchen und ein Protokoll darüber anfertigen. Auch Lebensmittelüberwachungsämter und andere Institutionen seien regelmäßig aktiv. Er forderte die Grünen auf, konkret zu

Schnabelkürzen

Federpicken und Kannibalismus sind Verhaltensstörungen, die schon seit Jahrzehnten unabhängig von der Haltungsförm in Legehennen- und Putenbeständen auftreten. Hierbei werden den attackierten Tieren von ihren Artgenossen schwere Gefiederschäden zugefügt, die bis zum Kannibalismus ausarten. Um eine solche Verhaltensstörung zu unterbinden oder zumindest in einem kontrollierbaren Rahmen zu halten, werden die Schnabelspitzen von Legehennen und Puten gekürzt. Grundsätzlich ist diese Maßnahme aus Tierschutzgründen nur im Einzelfall erlaubt, wenn sie „für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich ist“. Auch wenn das Gesetz vom Einzelfall ausgeht, wird der massenhafte Eingriff bislang von den Aufsichtsbehörden akzeptiert. Hier setzt die Kritik der Tierschutzverbände an, die argumentieren, dass die Geflügelwirtschaft nur Symptome einer Fehlentwicklung bekämpft und nicht deren Ursachen.

Quelle: Dr. Hans-Wilhelm Windhorst, Prof. i. R. der Universität Osnabrück

sagen, wie engmaschig die Kontrollen sein sollen. Seine Fraktion stelle jedenfalls die Landwirte nicht unter Generalverdacht, betonte Krüger. Auch er verwies auf das Eckpunktepapier mit den freiwilligen Vereinbarungen, das auch in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werde.

Stefan Köster (NPD) kritisierte, dass Mecklenburg-Vorpommern lange Zeit als Paradies für die Massentierhaltung galt. Bis die Einwohner mit Protesten einen weiteren Ausbau von „Tierfabriken“ verhinderten, wie Köster sagte. Was die Putenmast betrifft, halte seine Fraktion genau wie die der Bündnisgrünen verpflichtende Regelungen für unverzichtbar. Für eine freiwillige Selbstverpflichtung sei der Druck durch den Markt zu groß. Allerdings, so betonte Köster, mache das „dogmatische Auftreten“ der Grünen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag schwer. Da sich seine Partei aber immer für eine naturverbundene Landwirtschaft auf ökonomischer und ökologischer Grundlage und für eine tierschutzgerechte, umweltschonende Tierhaltung einsetze, befürworte die NPD den Antrag.

Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU lehnten den Antrag genauso wie die Linke ab. Grüne und NPD stimmten zu. Damit fanden die Forderungen der Grünen keine Mehrheit.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3431

Gefahren im Netz

Breite Zustimmung für Koalitionsantrag zum Schutz Minderjähriger

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern will Kinder und Jugendliche besser vor den Gefahren im Internet schützen. So sollen Daten Minderjähriger aus sozialen Netzwerken nicht für Werbezwecke genutzt werden dürfen. Die Landesregierung soll sich sowohl im nationalen Rahmen als auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Verstöße künftig spürbar bestraft werden. Dem Koalitionsantrag, den die SPD initiierte, stimmten am 14. November alle demokratischen Fraktionen im Landtag zu.

Der SPD-Experte für Neue Medien **Patrick Dahlemann** forderte bei der Begründung des Antrags von der Landesregierung, das Thema auch auf europäischer Ebene zu forcieren. 2015 müsse seinen Worten nach endlich der Dialog zwischen Parlament, Rat und Kommission zur Datenschutz-Grundverordnung beginnen. Damit solle das „Prinzip der Einwilligung“ gestärkt werden. Das bislang geltende Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb reiche nicht aus. Wie bei der unerlaubten Telefonwerbung bedarf es Dahlemann zufolge „ordnungsrechtlicher Sanktionsmöglichkeiten“. Auf nationaler Ebene solle die Landesregierung dafür sorgen, dass Kinder vor dem Erwerb teurer Spiele geschützt werden. Die Anbieter würden Spiele oft zunächst gratis angeboten, dann aber in nächsten Schritten doch zur Zahlung hoher Summen verleiten. Gerade Smartphone-Apps zielten bewusst auf kindliche Emotionen und Bedürfnisse.

Foto: Jens Böttner



Verbraucherschutzminister **Dr. Till Backhaus** betonte, der Schutz von Minderjährigen müsse von verschiedenen Seiten gestärkt werden. „Deshalb sind wir auf Bundes- und auf Landesebene mit den betreffenden Häusern, also den Innen-, den Bildungs- und den Justizministerien, auch in der Verbraucherschutzministerkonferenz im steten Dialog, um Kinder und Jugendliche auf die digitale Welt besser vorzubereiten und sie zeitgleich besser zu schützen“, sagte er. Es dürfe europaweit nicht zulässig sein, Daten Minderjähriger für Werbezwecke jedweder Art zu verarbeiten, zu übermitteln und zu verwenden oder auch Nutzungs- und Persönlichkeitsprofile zu erstellen. „Dies gilt für unsere Kinder und die Heranwachsenden ganz besonders, weil ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten meist kaum ausgeprägt sind, die Tragweite ihres Handelns hinreichend einzuschätzen und sich selbst zur Wehr zu setzen“, sagte Backhaus.

Dr. André Brie (DIE LINKE) signalisierte Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag der Koalition. Auch wenn dieser seinen Worten nach nicht wesentlich über die Empfehlung der Verbraucherschutzministerkonferenz von Mai 2014 in Rostock hinausgeht. Er verwies auf eine Studie, nach der etwa 98 Prozent der Zehn- bis 18-Jährigen regelmäßig das Internet nutzen. Etwa 92 Prozent hätten ein eigenes Handy. „Jugendliche sind auf viel stärkere Art und Weise vernetzt, als wir es beispielsweise sind. Und auch ihre Fähigkeiten am Computer übersteigen die ihrer Eltern meist erheblich“, sagte er. Dies sei im Grundsatz zu begrüßen. Aber so seien die Schüler auch leicht von den Anbietern digitaler Dienste zu beeinflussen. Fast 80 Prozent nutzten soziale Netzwerke, in denen sie viel von sich preisgeben. Die Verwertung dieser Daten gehöre zum Kerngeschäft der Anbieter. „In Anbetracht des häufig fehlenden Bewusstseins hinsichtlich der Preisgabe dieser Daten scheint es sinnvoll, ihre Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung einzuschränken“, sagte Brie.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Vincent Kokert** sprach auch aus der Erfahrung eines Vaters von vier Kindern. Da wisse er, wie leicht es dem Nachwuchs gelingt, sich Zugang zu digitalen Medien zu verschaffen, und wie verführerisch die Kaufangebote sind. Die Entwicklung auf dem digitalen Markt sei so rasant, dass die Gefahr bestehe, nur noch hinterherzuhinken. In diesem Bereich stoße das Bürgerliche Gesetzbuch derzeit an seine Grenzen. Auch wenn es schwer sei, hier Einfluss zu nehmen, müsse sich die Politik positionieren und dürfe sich nicht wegduckeln. „Wir müssen uns damit beschäftigen, denn der Schutz unserer Kinder ist uns allen wichtig“, betonte Kokert.

„Wir unterstützen das Anliegen dieses Antrags seit vielen Jahren“, sagte **Johannes Saalfeld** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Jedoch blockiere die Bundeskanzlerin die Reform der europäischen Datenschutzgrundverordnung. „Der Schutz von Minderjährigen könnte schon sehr viel weiter sein, wenn Angela Merkel nicht die wirtschaftlichen Interessen einiger weniger über den Datenschutz vieler Bürgerinnen und Bürger stellen würde“, sagte Saalfeld. Die Grünen hätten im EU-Parlament bereits im Vorjahr einen Entwurf für die Novellierung vorgelegt. Durch die Verzögerung könnten die neue EU-Kommission und das neu gewählte EU-Parlament bestenfalls im Jahr 2015 die Beratungen mit den Regierungschefs abschließen. Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** warf den Regierungsfractionen Populismus vor. Dabei hätten sie den Zustand selbst zu verantworten. Die „Geister des Kapitalismus“ könnten nicht mit fragwürdigen Gesetzen gebändigt werden. Wenn jedem Kind vermittelt werde, dass nichts mehr gehe ohne moderne Kommunikationsmittel, verführe das den Nachwuchs zu Sorglosigkeit im Umgang mit persönlichen Daten. Computer an Schulen seien, jedenfalls im angedachten Übermaß, „Lernverhinderungsmaschinen“, sagte Köster unter Berufung auf Hirnforscher. Seine Fraktion lehne es ab, als „Bittsteller“ nach Brüssel zu ziehen. Auch der Antrag werde abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsfraktionen erhielt die Zustimmung von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die NPD lehnte ihn ab.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3419

EU-Fördergelder

Landtag einstimmig gegen anlasslose Korruptionsüberprüfung von Unternehmen

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich am 13. November einstimmig gegen eine anlasslose, flächendeckende Überprüfung von EU-Mittel-Empfängern in Deutschland ausgesprochen. Das von der Europäischen Kommission geplante neue Kontrollsystem stelle die Adressaten der Fördergelder unter Generalverdacht und müsse verhindert werden, sagte der CDU-Abgeordnete Dietmar Eifler, dessen Fraktion den Koalitionsantrag initiierte.

Natürlich muss bei der Vergabe von EU-Mitteln auch auf schwarze Schafe geschaut werden“, sagte **Dietmar Eifler** (CDU). Doch dafür gebe es bereits jetzt ein ausreichendes Kontrollsystem mit sieben Prüfebene. Bei einer anlasslosen, flächendeckenden Überprüfung seien nicht nur Verstöße gegen den Datenschutz zu befürchten, sondern auch überbordende Bürokratie. Die Landesregierung soll mit dem Antrag beauftragt werden, in den Bund-Länder-Gesprächen die Prüf-Praxis kritisch zu hinterfragen und einen Generalverdacht zu verhindern.

Barbara Borchardt von der Linksfraction bemängelte, dass die Koalition zum wiederholten Male im Parlament etwas beschließen lassen will, was bereits beschlossen wurde – in

diesem Falle auf der Wirtschaftsministerkonferenz. Doch in der Sache stimmte sie in vielen Punkten dem Anliegen zu. Die Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung in Deutschland seien im europäischen Vergleich durchaus effektiv, sagte sie. Auch ihre Fraktion teile die Bedenken zum Datenschutz. Mit einem IT-System sollen umfangreiche Daten über die EU-Mittel-Empfänger gesammelt werden. Dies werde mit Vorbeugung und Aufklärung von Betrugshandlungen begründet. „Diese anlasslose Datenerfassung – erst recht in diesem Ausmaß – ist nicht verhältnismäßig und verstößt gegen unsere Auffassung von Datenschutz“, sagte Borchardt und kündigte die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Antrag an.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** teilt die Bedenken der Antragsteller zu Bürokratisierung und Datenschutz ebenfalls. „Die enorme Bandbreite der zu übersendenden Informationen und der damit verbundene Verwaltungsaufwand sind im Hinblick auf den voraussichtlichen Mehrwert unverhältnismäßig“, sagte der Minister. Die Zuwendungsempfänger würden unter den Generalverdacht des Betruges gestellt. Die Behörden sollen an eine EU-Datenbank eine Vielzahl von Informationen schicken, die dann mit internationalen Datenbanken abgeglichen werden, um ein Risiko für Betrug oder Korruption herauszufiltern. „Die Kommission hätte dabei Zugriff auf sämtliche Förder- und viele Unternehmensdaten“, warnte er. Dies sei rechtlich zumindest bedenklich und müsse abgelehnt werden.

Jochen Schulte (SPD) schloss sich seinen Vorrednern an. Einen demokratischen Rechtsstaat zeichne auch aus, dass Kontrollmechanismen funktionieren. Es sei nicht nötig, zusätzliche Regelungen einzuführen und so der Bürokratie Vorschub zu leisten. Auch sei es unverhältnismäßig, sämtliche Zuwendungsempfänger unter Tatverdacht zu stellen. Auch er hob den Datenschutz hervor, der einen hohen Wert habe. Dort dürfe nicht ohne Grund eingegriffen werden. „Wir brauchen diese Regelungen aus Brüssel nicht“, sagte er und warb um Zustimmung zum Antrag.

Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnete den Antrag als „kalten Aufguss“ der Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz von vor gut einem halben Jahr. Zudem sei es verwunderlich, dass die CDU nun, wo es um die flächendeckende Kontrolle der Wirtschaft gehe, plötzlich zum Vorreiter des Datenschutzes werde. Dies sehe im Falle der „massenhafte Überwachung“ der Bürger anders aus, sagte er und verwies auf Pläne zur Vorratsdatenspeicherung.

EU-Kontrollsystem ARACHNE

Die Europäische Kommission erwägt, zur Bekämpfung von Betrug und Korruption ein verschärftes Kontrollsystem für alle Empfänger von EU-Fördermitteln einzuführen. Hierzu wurde die Datenbank ARACHNE entwickelt. Die Verwaltungsbehörden der EU-Mitgliedsländer sollen an dieses IT-System eine Vielzahl von Projektdaten der Fördergeldempfänger übersenden. Diese Informationen sollen dann mit den Daten aus internationalen Datenbanken abgeglichen, um ein Risiko für Betrug oder Korruption herauszufiltern.

Generell solle sich das Land nicht neuen Wegen der Korruptionsbekämpfung in den Weg stellen. Er verwies unter anderem auf Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit Subventionsbetrug. Aber gerade wegen der Datenschutzbedenken werde auch seine Fraktion dem Koalitions-Antrag zustimmen.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** kündigte Zustimmung zu dem Antrag an. Grundsätzlich werde sich seine Fraktion für alle Forderungen aussprechen, die das „Verwaltungsmonster EU“ schwächen. Die EU sei selbst ein „Hort der Korruption“, die es allerdings auch in Deutschland noch gebe. Er nannte das CD-Werk in Dassow und andere Fälle, bei denen es nicht um langfristige Investitionen gegangen sei, sondern um ein rasches „Absaugen“ von Fördergeldern. Eine engmaschige Kontrolle sei nötig. Aber in diesem Fall gerate jeder Unternehmer automatisch in den Fokus von Überwachungsmaßnahmen, sobald er einen Antrag auf Fördermittel stellt. Dies sei nicht hinzunehmen.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3421

Häusliche Gewalt

Linke scheitert mit Antrag zum Landesaktionsplan

Die Linksfraktion fordert einen kontinuierlichen Schutz für Opfer von häuslicher Gewalt. Dazu müsse der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder endlich erneuert werden, sagte der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion Peter Ritter am 12. November im Landtag.

„Die Landesregierung hat für Ende 2015 die Fortschreibung des Landesaktionsplanes angekündigt. Die letzte Fortschreibung liegt bereits neun Jahre zurück“, kritisierte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Es sei höchste Zeit, das Vorhaben umzusetzen. Dabei müsse stärker auf die Belange von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Behinderungen und Suchterkrankungen, pflegebedürftige Menschen und pflegende Menschen, Senioren sowie Kinder eingegangen werden. Dazu muss seinen Worten nach zusätzlich Personal finanziert werden, beispielsweise, damit Kinder in den Frauenhäusern von Fachkräften betreut werden können. Die Landesregierung solle sich für bundeseinheitliche Standards einsetzen, damit Opfer unabhängig vom Wohnort in jedem Bundesland einen verlässlichen Standard an Hilfe und Schutz vorfinden.

Sozialministerin **Birgit Hesse** wies darauf hin, dass der nunmehr 3. Landesaktionsplan bereits in Arbeit sei. Beteiligt seien Fachleute vieler Bereiche, auch von Opfer-Beratungsstellen. Dabei gehe es unter anderem um den Schutz von Flüchtlingen, von Kindern, von Menschen mit Behinderungen, aber auch von Männern, die Opfer häuslicher Ge-

Foto: Jens Böttner



Frauen demonstrieren am 25.11.2014 in Schwerin für das Recht auf Schutz und Beratung von Frauen. Der Landesfrauenrat M-V hatte zu der Demonstration aufgerufen und übergab die ersten Unterschriften der Online-Petition „Opferschutz als Pflichtaufgabe“ an den Landtag.

walt geworden sind. Gleichzeitig werde gerade ein Flyer mit Hilfsangeboten auf den neuesten Stand gebracht. „Wer Hilfe oder Rat sucht, der findet in Mecklenburg-Vorpommern ein Netz an Beratungsstellen“, versicherte die Ministerin. Dabei arbeite die Landesregierung sowohl eng mit den Kommunen als auch mit anderen Bundesländern zusammen.

Maika Friemann-Jennert (CDU) warf der Linken vor, das Thema zur eigenen Profilierung zu missbrauchen. Mit dem Antrag werden ihrer Ansicht nach „Selbstverständlichkeiten“ eingefordert. Die Landesregierung arbeite bereits am 3. Landesaktionsplan, in dem unter anderem die besonderen Belange von Frauen mit Behinderungen berücksichtigt werden, die häufiger Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt seien. Schon jetzt gebe es in Mecklenburg-Vorpommern ein flächendeckendes Netz an Schutzeinrichtungen. „Es bedarf Ihres Antrags nicht“, sagte Friemann-Jennert.

Dem widersprach **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es sei längst nicht alles perfekt. Auch bei der Regelung zur Finanzierung der Frauenhäuser, die Anfang 2015 in Kraft treten soll, gebe es noch offene Fragen – zum Beispiel zur Dynamisierung und zum Schutz von Männern als Gewaltopfer. Auch gebe es zu wenig barrierefreie Zugänge zu Frauenhäusern und Beratungsstellen. Auch die Frage nach Trauma-Ambulanzen und qualifizierter Kinderbetreuung in den Frauenhäusern sei noch nicht geklärt.

Martina Tegtmeier (SPD) räumte ein, dass die Fortschreibung des Landesaktionsplanes auf sich warten lässt, und begründete die Zeitverzögerung mit dem Wechsel an der Spitze des Sozialministeriums. Jetzt werde aber nach 2001 und 2005 der nunmehr 3. Landesaktionsplan auf den Weg gebracht. Eine Auswertung im Jahr 2011 habe ergeben, dass Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu anderen Bundesländern bereits über ein flächendeckendes Beratungs- und Hilfenetz verfügt, das erhalten bleiben solle. Jährlich suchten dort etwa 4.000 Erwachsene und rund 3.000 Kinder Schutz. Rund 200 Gewalttäter seien pro Jahr in der Beratung. Tegtmeier widersprach dem Vorwurf der Opposition, es herrsche Stillstand. Die Regierung sei aktiv im Opferschutz und habe zu vielen Problemen aus dem Antrag bereits in Kleinen Anfragen Stellung bezogen. Deshalb werde die SPD/CDU-Koalition den Antrag als „gegenstandslos“ ablehnen.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** vermisst eigenen Worten nach „Substanz“ im Antrag der Linken. Er enthalte nichts, was gewinnbringend für Gewaltopfer wäre. Die geforderte bessere Personalausstattung scheitere am Geldmangel der Leistungsträger, sagte Müller. Die Mittel werden seiner Meinung nach falsch verteilt. Er nannte das Stichwort „Überfremdungskosten“. Bevor man ein Schutzsystem ausbaue, müsse man zudem präventiv tätig werden. Das sei aber in einer „staatlich pervertierten Gesellschaft“ kaum möglich. „Wir lehnen ihren Antrag ab“, sagte er.

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) wies die Kritik der Koalitionsfraktionen am Antrag zurück. Das Thema sei ihrer Partei von jeher ein wichtiges Anliegen, und längst sei nicht alles geregelt. Sie begrüßte zwar, dass die Ministerin Änderungen im Landesaktionsplan angekündigt hat, und nannte als Beispiel die Hilfsangebote für männliche Gewaltopfer. Dennoch gebe es „Lücken im System“.

Der Antrag, der die Zustimmung der Oppositionsfraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand, wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Abgeordneten von SPD und CDU sowie der NPD-Fraktion stimmten dagegen.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3428

Weitere Beschlüsse des Landtages

Keine Karenzzeiten für Minister

In Mecklenburg-Vorpommern wird es vorläufig keine Karenzzeiten für Minister geben, die in die Wirtschaft wechseln. Der Landtag lehnte am 12. November erneut eine von den Bündnisgrünen angestrebte Gesetzesänderung ab. Die Oppositionsfraktion fordert eine dreijährige Karenzzeit für Minister, die aus dem Amt scheidend und eine Tätigkeit in einem Wirtschaftszweig aufnehmen wollen, der zu ihrem Ressort gehörte. Eine für Beamte bereits bestehende Regelung sollte auf Minister übertragen werden. Laut Gesetz müssen Beamte, die vor dem 67. Lebensjahr ausscheiden und Versorgungsbezüge erhalten, ihre Dienststelle fünf Jahre lang über ihre neue Erwerbstätigkeit informieren. Die Beschäftigung kann verboten werden, wenn die Gefahr besteht, dass durch sie dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** sagte, es sei ungerecht, Beamte und Minister unterschiedlich zu behandeln. Der SPD-Abgeordnete **Heinz Müller** räumte ein, dass nicht der Anschein entstehen dürfe, jemand verschaffe sich Vorteile bei einem neuen Arbeitgeber. Andererseits habe die freie Berufswahl Verfassungsrang. Es dürfe kein Berufsverbot geben, auch kein Berufsverbot auf Zeit. Müller sagte, der Bund werde in absehbarer Zeit eine Lösung präsentieren, die abgewartet werden sollte.

Den Gesetzantrag der Grünen hatte der Landtag am 17. September 2014 in Erster Lesung beraten, eine Ausschuss-

überweisung jedoch abgelehnt. Für diesen Fall sieht die Geschäftsordnung des Landtages vor, dass der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt wird.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3228

Gesetz für Fernverkehr

Auf Antrag der Koalitionsfraktion SPD und CDU beschäftigte sich der Landtag am 13. November mit dem Bahn-Fernverkehr. Hintergrund ist die Tatsache, dass sich die Deutsche Bahn AG zunehmend auf die wirtschaftlich besonders attraktiven Hauptstrecken ausrichtet und sich insbesondere aus den Randlagen Deutschlands zurückzieht. So werden auch in Mecklenburg-Vorpommern wichtige Städte und Oberzentren vom Fernverkehr überhaupt nicht mehr oder aber nur noch sporadisch bedient. Um das zu kompensieren, muss das Land zusätzliche Regionalzüge bestellen, ohne dafür ausreichend Mittel zu erhalten. Der Landtag beauftragte deshalb die Landesregierung einstimmig, sich beim Bund für ein Gesetz zur Sicherstellung des Fernverkehrs einzusetzen.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3420

Gesetz zu Umweltinformationen

Der Landtag hat am 12. November ein neues Gesetz zur Information über Umweltdaten verabschiedet. Damit wird die Auskunftspflicht von Behörden bei Umweltverfahren geregelt. Die Novelle war nötig, um EU-Richtlinien gerecht zu werden.

Drucksachen 6/3053 und 6/3444

Haushaltsabschluss 2012 gebilligt

Das Parlament hat am 12. November den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 gebilligt und damit die Landesregierung von der Verantwortung entlastet. Laut Gesetz ist die Finanzministerin verpflichtet, den Landtag über Eingaben und Ausgaben Rechenschaft abzulegen. Die Übersicht über Vermögen und Schulden muss immer im nächstfolgenden Jahr vorgelegt werden.

Drucksachen 6/2583, 6/2310, 6/2813, 6/3418

Immunität von NPD-Politiker aufgehoben

Der Landtag hat am 12. November erneut die Immunität von **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der rechtsextremen NPD, aufgehoben und damit einem Antrag auf Genehmigung eines Strafverfahrens entsprochen. Die Staatsanwaltschaft in Chemnitz will nach eigenen Angaben gegen den 62-Jährigen ermitteln. Pastörs soll im August in Aue während des sächsischen Landtags-Wahlkampfes Mitglieder der Linkspartei beleidigt und sie unter anderem als „Stasi-Schweine“ bezeichnet haben. Die Betroffenen hatten Anzeige erstattet.

Drucksache 6/3439

25 Jahre Mauerfall gewürdigt

Emotionale Debatte im Parlament

Nach den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls hat das Thema im Landtag noch einmal für Emotionen gesorgt. Die Redner gingen in der kontroversen Debatte am 13. November vor allem auf das Unrecht ein, das in der DDR geschah, und auf die historische Leistung der friedlichen Revolution. Einig waren sich Koalition und Opposition in ihrer Würdigung der Frauen und Männer, die 1989 den Mut zum Widerstand gegen die SED-Diktatur aufgebracht und zu Hunderttausenden für Reformen auf die Straße gegangen waren. Das Jubiläum sei Anlass, mit Stolz auf diese Volksbewegung zurückzublicken und zugleich die positive Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern seit dem Mauerfall zu würdigen. Die Opposition verwies aber auch darauf, dass es auch in der jetzigen politischen Ordnung Veränderungsbedarf gebe und die innere Einheit von Ost und West längst noch nicht erreicht sei.

Vincent Kokert, CDU:

„Rückblick mit Stolz und Dankbarkeit“

Foto: Uwe Bielewski



Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erinnerte in seiner Rede an die gescheiterten Aufstände in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und 1968 in der Tschechoslowakei. Er würdigte den Beitrag der Solidarność in Polen und von Papst Johannes Paul II. zum Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa. „Als Erzbischof von Krakau stand der Papst den Machthabern kompromisslos gegenüber, und nachdem er als Papst triumphal in Polen einzog, entstand Solidarność. Wie kein zweiter hat der Papst durch unzählige Reisen und Gespräche entscheidend dazu beigetragen, dass es 1989/90 zum Dialog kam – und eben nicht zur Konfrontation. Die historische Leistung des Papstes für das Ende des Kalten Krieges ist schwer zu greifen, deswegen ist es schwierig, sie zu würdigen. Gerade aus diesem Grund ist es mir ein Anliegen, hier und heute an das Wirken des Papstes zu erinnern“, so Kokert in der Debatte.

Demonstrationen auch im Norden

„Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft, sondern hellwach und ebenso engagiert teilnimmt am laufenden Geschehen.“ So lautet ein Satz in einem Appell, den die Mitglieder des Neuen Forums am 17.10.1989 in Güstrow verab-

„ Ich habe das Glück gehabt, in einem freien, geeinten und demokratischen Rechtsstaat aufzuwachsen. „

schiedeten und mit dem sie sich an „alle Menschen südlich der Nordbezirke“ wandten. Kokert wies darauf hin, dass die Revolution im Süden der ehemaligen DDR begann, was sogar dazu führte, dass Autos mit Kennzeichen aus dem Norden in Sachsen demoliert wurden. Er dankte den tausenden mutigen Frauen und Männern, die auch in den ehemaligen drei Nordbezirken für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind.

„Heute, 25 Jahre danach, freuen wir uns über den Mauerfall anlässlich eines runden Jubiläums. Und wir beginnen zugleich, den Mauerfall und die Veränderungen, die es in unseren Dörfern und Städten, in Schulen und Vereinen gegeben hat, langsam zu realisieren und emotional zu verarbeiten. Ich nehme es in Gesprächen wahr, und ich nehme es auch medial wahr, dass wir das große Glück, das der Mauerfall bedeutet hat, erst jetzt wirklich anfangen zu begreifen“, so der CDU-Politiker weiter.

CDU nicht Keimzelle des Widerstandes

Der CDU-Fraktionschef ging in seiner Rede auch auf die Rolle der CDU in der DDR ein: „Mir ist bewusst, dass meine Partei, die CDU, damals als Ost-CDU nicht die Keimzelle des Widerstandes in der DDR war. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass die CDU in der Sowjetzone sich zunächst kaum von der CDU in den anderen Zonen unterschied. Erst nach der Ermordung, Ausgrenzung oder Flucht derjenigen Mitglieder, die allzu offen nicht mit der Entwicklung im Osten einverstanden waren, wurde die Ost-CDU zu einem gleichgeschalteten Bestandteil der DDR. In den drei Nordbezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg wurden nach Angaben des Rostocker Dokumentationszentrums ca. 330 CDU-Mitglieder verfolgt, verurteilt und zum Teil auch hingerichtet.“

Stellvertretend für alle Opfer erinnerte Vincent Kokert an drei Opfer aus Mecklenburg-Vorpommern:

Arno Franke, geboren am 29.05.1914 in Nielitz, arbeitete als Landwirt, wurde am 15.03.1950 auf seinem Hof verhaftet und am Demmlerplatz in Schwerin inhaftiert, am 13.09.1950 zum Tode verurteilt und am 15.12.1950 in Moskau hingerichtet. Gerhard Priesemann, 1911 in Rostock geboren, Lehrer und CDU-Mitglied, wohnte in der Rathenau-Straße in Schwerin, wurde am 30.08.1950 auf dem Weg zur Arbeit – in der Nähe des Schlosses – verhaftet. Ihm wurde zum Verhängnis, dass er den Kontakt zum abgesetzten Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, weiter pflegte. Wegen angeblicher Spionage am 03.02.1951 zum Tode verurteilt und am 14.05.1951 in Moskau erschossen. Gerhard Priesemann hinterließ eine Frau und vier Kinder. Peter Püschel, geboren am 09.04.1927 in der Nähe von Greifswald, 1947 tritt er der CDU bei, wird in Rostock ihr Kreisjugendreferent und arbeitet als Berichterstatter für die „Neue Zeit“. Im Zuge der Auseinandersetzungen um Jakob Kaiser floh er nach West-Berlin. Am 28.02.1950 wegen des Verteilens von Flugblättern gegen die SED in Potsdam verhaftet. Am 22.11.1950 an die Sowjetunion übergeben, am 20.06.1951 zum Tode verurteilt und am 24.09.1951 erschossen. Unter dem Deckmantel der sogenannten „Boykott-hetze“, wie es im Artikel 6 der damaligen Verfassung formuliert war, wurden diese aufrechten Demokraten verfolgt, verhaftet und getötet.

SED und Blockparteien nicht gleichsetzen

„Ja, es ist wahr, erst als Ende der achtziger Jahre erstmals eine Chance auf Veränderung bestand, waren es auch Christdemokraten, die die Initiative ergriffen und in dem sogenann-

ten Brief aus Weimar im September 1989 Reformen in Staat und Gesellschaft forderten. Mit diesem Schritt waren eben auch Teile der CDU am Umbruchprozess beteiligt. Zugleich hat sich die Ost-CDU sehr eindeutig und auch frühzeitig zu ihrer historischen Verantwortung bekannt. Auf einem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 bekannte die Ost-CDU die Mitschuld an den Deformationen und Fehlentwicklungen in der DDR, vollzog die Abkehr vom Sozialismus und sprach sich für innerparteiliche und staatliche Demokratie, für soziale Marktwirtschaft und für die Einheit der deutschen Nation aus. Es bleibt dabei: Die Ost-CDU ist eben nicht die SED gewesen“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende. In diesem Zusammenhang zitierte Kokert aus der Verfassung der DDR und verwies auf den Führungsanspruch der SED: „Sie (die DDR) ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ Man könne deshalb die SED und die Blockparteien nicht gleichsetzen.

Mit Stolz auf Mauerfall zurückblicken

Mit Dankbarkeit blickte der Neustrelitzer Abgeordnete auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 zurück. „Ich habe Glück gehabt. Ich habe das Glück gehabt, in einem freien, geeinten und demokratischen Rechtsstaat aufzuwachsen. Und für dieses Glück bin ich als Vertreter der jungen Generation aus dem Osten Deutschlands über alle Maßen dankbar. Und ich habe einen Wunsch. Ich würde mir wünschen, dass Sie alle dabei mithelfen, dass wir Deutschen es lernen, für dieses Ereignis den angemessenen Stolz zu empfinden“, erklärte Kokert, der den Mauerfall als Elfjähriger erlebte, zum Abschluss seiner Rede.



Foto: Jens Büttner

Schülerinnen und Schüler an der ehemaligen innerdeutschen Grenze im heutigen Mecklenburg-Vorpommern.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Mein Traum ist nicht ausgeträumt“



Foto: Annelika Lindenbeck

Wille zu Veränderung

„Im Herbst 1989 war ich 27 Jahre alt. Heute bin ich 52 und schaue mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die letzten 25 Jahre.“

Der Herbst 1989 und die Anfänge der 90er-Jahre waren für mich die spannendste und aufregendste Zeit meines bisherigen Lebens. Vor mehr als 25 Jahren hatte ich die Hoffnung auf Veränderung eines Landes, meines Landes, die hervorgebracht wurde durch Menschen, die es wagten, widerständig zu sein, die es wagten, den Aufruf des Neuen Forums zu verteilen und sich zu bekennen, die aufstanden und sich auf den Weg machten. Wir überwand unsere Schweigen und besiegten unsere Angst vor der allgegenwärtigen Staatsmacht. Wir machten uns auf den Weg, ohne das Ende zu kennen, getrieben vom Willen zu verändern.

Blicken wir zurück auf die friedliche Revolution, dürfen wir die Lebensentwürfe gerade der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, auch der Generation meiner Eltern, nicht vergessen, um zu verstehen, warum wir aufarbeiten müssen, und dass das Ansprechen von Unrecht heute genauso wichtig ist wie vor 25 Jahren.

Demokratischer Dialog

Die Gründung und der Aufruf des NEUEN FORUMS am 19. September 89 war mein politischer Anfang. Ich bin dankbar dafür, dass es diese mutigen Menschen gab und eine Bewegung, der ich angehören durfte. Der demokratische Dialog war für mich maßgeblich und die ‚Umgestaltung unserer Gesellschaft‘, unserer DDR.

Die Öffnung der Mauer bedeutete für mich das Ende der friedlichen Revolution. Die Geschichte nahm ihren Lauf. Ich habe mich im Dezember 1989 beim Neuen Forum ausgeklinkt. Ich fand meine politische Heimat im Unabhängigen Frauenverband und baute das autonome Frauenhaus in Schwerin auf.

Was wollten wir Frauen damals? Genau das, was wir heute wollen: Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Keinen Schlusstrich ziehen

Aus meiner ganz subjektiven Perspektive auf das Gestern und das Heute dürfte deutlich geworden sein, dass der Staat, den wir, die DDR-Bürger, vor 25 Jahren abgeschafft haben, als Unrechtsstaat von seiner eigenen Bevölkerung in einer friedlichen Revolution zu Recht beseitigt wurde. Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie gebetsmühlenartig Ihre Auffassung wiederholen, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, möchte ich Ihnen vehement widersprechen. Stärken Sie mit Ihrer Auffassung nicht die Ewiggestrigen und verpassen den Gegnern und Opfern eine weitere verbale Ohrfeige? Es ist doch zu fragen, warum das Verhalten der Täter und Mitläufer relativiert wird, wohingegen Opfer und Kritiker sich rechtfertigen müssen nach dem Motto, lasst uns endlich einen Schlusstrich ziehen. Ich sage eindeutig, nein.

„ Die Öffnung der Mauer bedeutete für mich das Ende der friedlichen Revolution. „

Für Demokratie einsetzen

In der friedlichen Revolution wollten wir Schwerter zu Pflugscharen schmieden. Heute ist Deutschland drittgrößter Exporteur von Rüstungsgütern und soll mit militärischen Einsätzen international mehr Verantwortung übernehmen. Nein, das war weder mein Traum und, ich glaube, auch nicht der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir müssen uns für Demokratie einsetzen, für sie werben und sie leben, damit Zivilgesellschaft blühen und sich entfalten kann – und dieses insbesondere mit den Brüchen der Menschen, die hier gelebt haben, die auch geblieben sind oder vielleicht auch wieder zurückkehren.

Mein Traum, mein Traum ist noch lange nicht ausgeträumt, und auch dieses Land schreit nach Veränderungen.“



Foto: Landtag M-V

Silke Gajek mit Boxern des Schweriner SC beim Aktionstag der Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im März 2014 im Schweriner Schlossparkcenter.

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Strahlender Moment in der deutschen Geschichte“



Foto: Uwe Balawski

Beispielloser friedlichen Umbruch

„In vielen Veranstaltungen wurde in den letzten Tagen an den Fall der Mauer erinnert. Menschen in ganz Deutschland haben zurückgedacht an die großen Ereignisse der Herbstes 1989. Aus aller Welt waren die Blicke noch einmal gerichtet auf Berlin, auf Deutschland, auf diesen beispiellosen friedlichen Umbruch.“

Dass die Grenze am späten Abend des 9. November 1989 geöffnet wurde, war für alle eine große Überraschung, trotz der stürmischen Entwicklungen, die dem schon vorausgegangen waren. In den Wochen zuvor hatten sich immer mehr DDR-Bürger aufgemacht, um gegen die SED-Herrschaft und für mehr Freiheit zu demonstrieren. Mit Rufen wie ‚Wir sind das Volk‘ oder ‚Demokratie – jetzt oder nie‘ forderten sie immer selbstbewusster Reisefreiheit, freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit, die Zulassung von Oppositionsgruppen und weitere Reformen: in Leipzig und Berlin, aber auch hier in den drei Nordbezirken, in vielen großen und kleinen Orten zwischen Wismar, Waren und Wolgast. Dabei ließen sie sich auch vom allgegenwärtigen Sicherheitsapparat immer weniger einschüchtern. Und als sich am Abend des 9. November die Nachricht verbreitete, die Grenze sei frei passierbar, da war es der machtvolle Strom der vielen tausend Menschen, der die tatsächliche Öffnung der Grenzübergänge erzwang.

„ Für mich ist der Mauerfall vor allem Ausdruck großen Mutes. „

Der Fall der Mauer, der das Ende der Teilung Deutschlands und den Beginn des Zusammenwachsens markiert, ist einer der strahlendsten Momente in der deutschen Geschichte. Wir haben das am Sonntag mit einer großen Gedenkveranstaltung hier im Schweriner Theater gefeiert – zusammen

mit unseren Nachbarn aus Schleswig-Holstein, die auf der anderen Seite der Grenze den Fall der Mauer erlebt haben als Beginn des dann folgenden großen Prozesses des Zusammenwachsens in der deutschen Einheit.

Ich habe am Sonntag gesagt – und ich wiederhole das hier: Ich wünsche mir, dass wir uns das immer wieder bewusst machen, dass dies heute der wichtigste Teil unseres Erinnerns ist, dieses Glücksgefühl, das die Menschen in Ost und West im Herbst 1989 miteinander verband, das uns alle näher zusammenrücken ließ.

Für mich ist der Mauerfall vor allem Ergebnis und Ausdruck großen Mutes. Ich bewundere zutiefst den Mut der vielen Menschen, die im Herbst 1989 ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben und friedlich für Freiheit, Demokratie und die Öffnung der Grenzen eingetreten sind. Das Beispiel dieser Menschen zeigt uns deutlich: Wo sich die Menschen gemeinsam mit aller Kraft einsetzen, wo sie zusammenstehen, da können sie alles bewirken. Und es bleibt dabei: Es waren die Menschen in Ostdeutschland selbst, die im Herbst 1989 die Mauer zu Fall gebracht haben.

Neues Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

Am 9. November 1989 war wohl für niemanden absehbar, dass es nicht einmal ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, zur deutschen Einheit kommen sollte, und auch, dass aus den drei Nordbezirken der DDR binnen weniger Monate das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern werden sollte.

25 Jahre deutsche Einheit und 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, an diese beiden runden Jubiläen werden wir im kommenden Jahr erinnern, und wir wollen sie auch feiern – auf fünf Festen, an fünf verschiedenen Orten bei uns im Land, fünf mal fünf.

Vorteile, aber auch Brüche

Solche besonderen Jubiläen laden nicht nur zur Rückschau ein. Sie werfen auch die Frage auf, wie sich Mecklenburg-Vorpommern und wie sich die übrigen ostdeutschen Länder seit 1990 entwickelt haben und wie es um das Zusammenwachsen von Ost und West fast 25 Jahre nach der deutschen Einheit steht.

Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit haben den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und in den ostdeutschen Ländern große Vorteile gebracht, viele neue Möglichkeiten eröffnet. Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen – all das wurde im Herbst 1989 von den Ostdeutschen selbst erkämpft. Hinzu kamen im Zuge der deutschen Einheit neue wirtschaftliche Möglichkeiten.

Der Übergang in eine neue politische Ordnung und in ein neues Wirtschaftssystem war aber auch mit großen Schwierigkeiten verbunden. Es ging nicht ohne Brüche und Verletzungen, nicht ohne Enttäuschungen und Frustration, gera-

de in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit. Fast alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen ostdeutschen Bundesländern mussten sich beruflich umorientieren. Viele haben die Erfahrung von Arbeitslosigkeit machen müssen, manche sogar mehrfach.

Die Erfahrungen aus der Wendezeit und aus der Zeit nach der deutschen Einheit, der positive Aufbruch und die damit verbundenen Schwierigkeiten – beides prägt nach meinem Eindruck das Leben in den ostdeutschen Bundesländern bis heute. Aber natürlich sind in den letzten beiden Jahrzehnten weitere Erfahrungen hinzugekommen. Und es ist eine neue Generation nachgewachsen. Die jungen Erwachsenen von heute haben ihr gesamtes Leben im vereinten Deutschland verbracht.

Positive Bilanz

Mein Eindruck ist, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern eine insgesamt positive Bilanz ziehen können. Die meisten Menschen in unserem Land haben den Übergang in die neue Zeit sehr gut gemeistert, und wir alle gemeinsam haben auf dem langen Weg seit 1989 viel erreicht.

Unsere Städte erstrahlen in neuem Glanz. Wir kommen wirtschaftlich weiter voran. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Einheit, und wir bieten gute Lebensbedingungen für alle Generationen, ganz besonders

für junge Familien. Bei den Kitas sind wir anderen Ländern weit voraus. Besonders erfreulich finde ich, dass im vergangenen Jahr erstmals mehr Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen sind, als von hier abgewandert sind. All das ist das Ergebnis eines beispiellosen Aufholprozesses, den wir alle gemeinsam positiv gestaltet haben.

Das ist eine große Leistung der Menschen bei uns im Land, für die ich als Ministerpräsident sehr dankbar bin und auf die wir alle zusammen sehr stolz sein können.“

Jubiläums-Website

Pünktlich zum 25. Jahrestag des Mauerfalls und der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 startete das Landesmarketing MV eine Themen-Website mit dem Schwerpunkt „25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern.“ Hier werden Geschichte und Geschichten aus einem Vierteljahrhundert Landesentwicklung erzählt und Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt. Besucherinnen und Besucher der Seite erhalten Tipps für Veranstaltungen und Diskussionen im Jubiläumsjahr und sind eingeladen, sich mit eigenen Erfahrungen, Gedanken und Meinungen zu beteiligen.
www.25-jahre-mv.de



Foto: Jens Büttner

Festakt im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin aus Anlass des Mauerfall-Jubiläums.

Foto:

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Differenzieren statt pauschal urteilen“

Foto: Uwe Bajewski



Rückblick nicht nur auf 1989

„Im Leben eines jeden Menschen gibt es Tage, die nicht nur den Lauf der Geschichte verändern, sondern auch das eigene Leben. Manche trifft es vorbereitet, andere nicht. Wenn wir heute zurückblicken, sollten wir nicht nur das Jahr 1989 im Blick haben.“

Der 9. November 1938 ist ein Tag, der das Leben damals beeinflusst hat und konsequent heute noch mitbestimmt. Erinnern und Gedenken heißt, den Schwur von Buchenwald immer wieder mit Leben zu erfüllen.

Der 9. November ist ein Tag, an dem sich Demokratinnen und Demokraten gegen Rassismus und Antisemitismus, für ein friedliches und tolerantes Miteinander sowie für Frieden und Demokratie bekennen. Allein schon aus diesem Grund werden wir nicht zulassen, dass der 9. November 1989 durch die NPD vereinnahmt wird.

Der 8. Mai 1945 ist ein Tag, der die Geschichte und mein Leben beeinflusst hat. Dieser Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus war der Ausgangspunkt für die spätere deutsche und europäische Entwicklung. Die Menschen in allen Teilen Deutschlands wollten nach dem Weltkrieg ein demokratisches und friedliches Land aufbauen. Die Teilung Deutschlands und die Blockkonfrontation haben dann zu den Entwicklungen geführt, die wir auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR diskutieren.

Meine Eltern lebten zwölf Kilometer östlich der Elbe, und so wurde ich in der DDR geboren. Ich habe von 1985 bis 1987 in Moskau Gesellschaftswissenschaften studiert. Gorbatschow war seit März 1985 an der Macht, und so erlebte ich hautnah die Veränderungen in der Sowjetunion und die Kämpfe zwischen den alten und neuen Kräften in der KPdSU.

„Niemand kann heute so tun, als sei die SED von damals die LINKE von heute.“

Dogmen und Stagnation

Die SED begründete in dieser Zeit gerade, dass sich auf deutschem Boden nicht nur zwei Staaten, sondern auch zwei Nationen herausgebildet hatten. Da erschienen in Moskau Artikel, die von einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten sprachen. Mit diesem Gepäck und voller Erwartungen kam ich dann 1987 nach Neubrandenburg.

Ich traf aber nicht auf die Bereitschaft zu verändern, sondern auf Dogmen und Stagnation. Dabei lagen die Probleme auf der Hand. Ich war zuständig für die Eingaben, die u.a. den Bereich Wohnen betraf. Ich wusste aus meiner Zeit im Betonwerk und aus meinen sehr guten Kontakten in die Wirtschaft, dass selbst die einfache Akkumulation nicht mehr gesichert war. Ich sah mit eigenen Augen, dass in einer Acht-Stunden-Schicht effektiv sechs Stunden gearbeitet wurde. Auch in der SED wurde über einen Veränderungsbedarf diskutiert, aber Vorschläge verschwanden in den Panzerschränken der Partei-hierarchie.

Die zwei Jahre in Moskau und diese zwei Jahre danach haben meine politischen Einstellungen stark beeinflusst. Hinzu kamen die allgemeine Unzufriedenheit der Menschen, die vermehrten Ausreiseanträge und dann die Ausreisen über Ungarn und Prag. Ich begann mich zu fragen, woher eine Minderheit das Recht nimmt, über das Leben der Mehrheit zu bestimmen.

Bekenntnis zur Verantwortung der SED

Meine Fraktion unterscheidet zwischen Lebensleistungen der Menschen in der DDR und dem politischen System der DDR. Die führende Rolle der SED wurde 1968 in der Verfassung festgeschrieben und damit auch ihre Diktatur.

Meine Fraktion, meine Partei bekennt sich zur Verantwortung der SED für das Unrecht, für die Fehler und Fehlentwicklungen in der DDR. Wir bedauern das zutiefst, wir verdrängen nicht, wir relativieren nicht. Wir entschuldigen uns erneut bei den Menschen, denen Unrecht widerfahren ist.

DIE LINKE – und vormals die PDS – ist aber auch die einzige Partei, die sich kritisch mit der politischen Vergangenheit auseinandersetzt und Schlussfolgerungen für Programm und Politik von heute gezogen hat, immer noch zieht und auch weiter ziehen wird.

Niemand kann heute so tun, als sei die SED von damals die LINKE von heute, als seien die Alt-Kader der Blockparteien oder der SED, die heute ein anderes Parteibuch in der Tasche haben, per se die Guten und diejenigen mit Parteibuch der LINKEN die Bösen.

Blick nach vorn

25 Jahre nach der friedlichen Revolution sollten wir den Blick in die Zukunft richten und

- versöhnen statt spalten,
- differenzieren statt Pauschalurteile fällen,
- gerade auch für nachfolgende Generationen weiter aufarbeiten, erinnern und mahnen statt relativieren und vergessen,

- und wir sollten einander besser zuhören und verstehen, statt einseitig anderen die Schuld zuzuweisen.

Der Kapitalismus, der heute beschönigend soziale Marktwirtschaft genannt wird, kann hier nicht die letzte Antwort sein, er ist vielmehr die Ursache.

In der Zukunft muss es deutliche Verbesserungen geben. Wir brauchen endlich gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Arbeitslosigkeit liegt dann hoffentlich nicht wie heute doppelt so hoch wie im Westen, Löhne und Gehälter sind dann nicht mehr so viel niedriger. Und die Bürgerinnen und Bürger bekommen im Osten endlich so viel Rente wie im Westen. Das darf nicht 25 weitere Jahre dauern.

Für die Vollendung der inneren Einheit ist noch eine Menge zu tun. Meine Fraktion wird sich weiterhin aktiv, konstruktiv, engagiert und sicher auch streitbar und zuweilen unbequem einbringen.“

Thomas Krüger, SPD-Fraktion:

„Es ging um viel mehr als Bananen und D-Mark“



Foto: Uwe Balewski

Der 9. November in der deutschen Geschichte

„Der 9. November ist ein Tag der Freude, und der 9. November ist ein Tag der Schande. Kein anderes Datum widerspiegelt so diametral unsere Geschichte.“

9. November 1918:

November-Revolution. Der Kaiser dankt ab, Philipp Scheidemann, ein Sozialdemokrat, ruft die Republik aus.

9. November 1923:

Hitler-Putsch. Adolf Hitler versucht von Bayern aus, die Weimarer Demokratie zu stürzen.

9. November 1938:

Reichspogromnacht. Rechtsextremisten, Nazis stecken jüdische Gotteshäuser an, zerstören und plündern jüdische Geschäfte und Wohnungen und verprügeln und ermorden jüdische Mitmenschen. – Fürwahr: Ein Tag der Schande.

Wie anders nehmen wir den 9. November 1989 wahr.

Ein Tag, der im kollektiven Gedächtnis der Ostdeutschen einen festen Platz hat.

Ein Tag, an dem sich wildfremde Menschen in den Armen lagen und ‚So ein Tag so wunderschön wie heute‘ sangen.

Ein Tag, der mit seinen Problemen in der DDR nahtlos der 13. August 1961 hätte sein können – nur dass sich das Problembewusstsein und das Bewusstsein der Defizite bei den Menschen eben in den Jahren aufgestaut hatten.

Glücksfall der Geschichte

Einen Monat zuvor, am 9. Oktober 1989, fand die bis dahin größte Montagsdemonstration in Leipzig statt. Den Einsatzkräften wurde zuvor der Befehl gegeben, Demonstrationen an diesem Montag unter allen Umständen zu verhindern. Jedoch gegen 70.000 Menschen war dies fast unmöglich. Viele von den Demonstranten hielten Kerzen in den Händen. Und der Ruf: ‚Keine Gewalt‘, ‚Freiheit‘ und ‚Wir sind das Volk‘ war allgegenwärtig. Das Volk hat in der Volksrepublik einfach die Macht für sich reklamiert, und die Herrschenden waren fassungs- und sprachlos.

Später, als sie die Sprache wiedergefunden hatten, sagte der ehemalige Vorsitzende des DDR-Ministerrates Horst Sindermann, Zitat: ‚Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten. Sie haben uns wehrlos gemacht.‘

Diese Wehrlosigkeit war ein Glücksfall der Geschichte. Wir haben eine Revolution erlebt, wie es sie in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben hat. Eine friedliche Revolution. Eine Revolution, in der nicht ein Schuss gefallen ist. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Denn dieser friedliche Übergang erleichterte uns den Neuanfang immens.

Ganz normale bürgerliche Rechte

Und wenn da jetzt jemand nach 25 Jahren daherkommt und plappert wirt herum, dass es den Ostdeutschen nur um wirtschaftliche Vorteile gegangen ist, dann sage ich:

Da ist einer, der hat es nicht verstanden – oder versteht es altersbedingt nicht mehr.

Die 70.000, die in Leipzig auf der Straße waren, konnten nicht wissen, ob geschossen wird wie 1953 in Berlin, 1956 in Budapest oder 1968 in Prag. Sie sind auf die Straße gegangen, weil sie ganz normale bürgerliche Rechte haben wollten. Die fürchterlichen Vorgänge auf dem Pekinger Tian’anmen-Platz lagen erst wenige Monate zurück. Und die SED-Führung hat die brutale und blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung für richtig und gut befunden.

Die Menschen in Leipzig haben das sehr wohl gewusst. Es ging um mehr, es ging um viel mehr als Bananen und D-Mark.

„ Die Mauer wurde vom Osten her eingedrückt. “

Die Mauer wurde vom Osten her eingedrückt. Jeder, der etwas Anderes behauptet, betreibt Geschichtsklitterung.

Inzwischen ist unsere Demokratie in Ostdeutschland erwachsen geworden. Das ist gut. Das bringt Stabilität. Das ist der Alltag. Das birgt aber auch Gefahren.

Vorzüge der Demokratie

Was ist gut daran? Gut daran ist, dass heute niemand mehr fragt, ob er denn öffentlich dieses oder jenes politisch kritisieren darf.

Gut daran ist, dass wir uns frei bewegen können und nicht in der – nicht nur räumlichen – Enge eines sich abschottenden Staates. Unsere Kinder machen wie selbstverständlich Klassenfahrten nach Paris oder London. Unsere Kinder studieren in Spanien, den USA oder China.

Gut an unserer Demokratie ist auch, dass wir eine pluralistische Medienlandschaft haben, die wir uns sicher noch vielfältiger wünschen – ja das ist richtig. Aber, es gibt das freie Wort der Journalisten. Und es gibt das kritische Hinterfragen von Politik. Das ist nicht immer etwas, was bei uns auf große Freude trifft. Aber es ist wichtig, und es ist in einer pluralistischen Gesellschaft lebenswichtig.

Gut an unserer Demokratie ist, dass sie uns die Möglichkeit gibt, auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Reagieren wir nicht oder nicht im ausreichenden Maß auf gesellschaftliche Veränderungen, werden die Menschen bei den nächsten Wahlen reagieren. Und auch freie Wahlen sind ein Hebel zu gesellschaftlichen Veränderungen.

Und auch die Demokratie und die demokratischen Spielregeln sind nichts Statisches. Sie unterliegen Veränderungen. Veränderungen, die sehr vorsichtig und sehr umsichtig und möglichst in breitem Konsens passieren müssen.



Foto: Jens Büttner

Gefahren für die Demokratie

Ich habe eingangs aber gesagt, dass das ‚Erwachsen werden‘ unserer Demokratie auch Gefahren birgt.

Wir sehen dies momentan im Agieren von Extremisten. Zum Beispiel auch hier bei uns im Land zuallererst durch verfassungs- und demokratiefeindliche Rechtsextremisten. Aber auch das aktuelle Beispiel aus Köln ist uns allen noch vor Augen. Hinzu kommen so unglaubliche Vorgänge wie, dass Attentäter des 11. September sich zuvor in Mecklenburg-Vorpommern aufgehalten haben oder, dass das NSU-Trio jahrelang mordend durch Deutschland ziehen konnte.

Es gibt aber nicht nur Gefahren im Großen: Nehmen wir nur die Wahlmüdigkeit der Menschen in unserem Land. Natürlich müssen wir uns selbst hinterfragen, ob die Art, wie wir Politik machen und uns öffentlich darstellen, etwas ist, das bei den Bürgerinnen und Bürgern immer so nachvollzogen werden kann.

Grund zu feiern

Dennoch haben wir hier heute etwas zu feiern: Nämlich 25 Jahre Demokratie.

An diesem Haus der Demokratie haben seit 25 Jahren Sozialdemokraten, Christdemokraten, Linke, Grüne und Liberale mitgebaut. Und deshalb sage ich – auch im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen: Es gibt keine Demokraten erster und zweiter Klasse.

Das heißt nicht, dass die Zeit vor 1989 vergessen ist.

Das heißt nicht, dass jedes Unrecht vergeben ist.

Und das heißt vor allem nicht, dass die Frage nach der konkreten Schuld des Einzelnen nicht mehr gestellt wird. Doch die wird weiter gestellt! Das ist aber, soweit es nicht strafrechtlich relevant ist, ein Teil der politischen Auseinandersetzung.

Das heißt, dass sich alle Demokraten auf Augenhöhe begegnen. Denn alle sind von den Menschen in unserem Land in freien und fairen Wahlen gewählt worden – und wollen Politik demokratisch gestalten.

Und uns allen hier im Haus sage ich, dass wir im persönlichen Umgang miteinander immer aufpassen müssen, dass wir die Brücken zueinander nicht einreißen. Tun wir das nämlich, berauben wir uns selbst der Möglichkeiten, Zukunft zu organisieren. Oder aber wir laufen Gefahr, irgendwann einen sehr mühsamen Weg zum Wiederaufbau der Brücken gehen zu müssen.

Frieden größte Errungenschaft

Demokratie ist für mich der zivilisierte Weg, gesellschaftliche Bedürfnisse aufzunehmen, gesellschaftliche Diskussionen zu kanalisieren und gesellschaftliche Widersprüche zu lösen und friedlich in konkretes Handeln zu überführen.

Und dieser Frieden ist es, der die größte Errungenschaft unserer Gesellschaft ist.

Und wenn wir heute hier über ‚25 Jahre Mauerfall - 25 Jahre Freiheit und Demokratie für unser Land‘ reden, dann wissen wir, dass weder unsere Demokratie perfekt ist, noch dass wir einen gesellschaftlichen Zustand erreicht haben, der uns zu Frieden macht. An beidem werden wir weiter arbeiten müssen. An beidem ist Veränderung notwendig.

Chance zu gestalten

Aber wir haben die Chance zu gestalten. Und zwar in einem demokratischen Umfeld oder besser gesagt in einem demokratischen Wettbewerb. Dafür sind Regierung und Opposition notwendiger und wichtiger Bestandteil. Dafür ist Realpolitik genauso wichtig wie visionäre Vorstellungen. In diesem Sinne lassen Sie uns weiter arbeiten am Haus der Demokratie.“

Stefan Köster, NPD-Fraktion:

„Ihre Demokratie ist eine Parteiendiktatur“

Foto: Uwe Barlewski



„Wir sind das Volk – unter diesem Motto forderten vor 25 Jahren immer mehr Deutsche in der DDR das Recht auf Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit. Am 9. November 1989 fiel dann endlich die Mauer, die über 28 Jahre Sinnbild für das geteilte Deutschland war. Aus dem Ruf ‚Wir sind das Volk‘ entwickelte sich der Sehnsuchtschrei ‚Wir sind ein Volk!‘ Der Ruf nach Einigkeit und Recht und Freiheit wurde, wie schon am 17. Juni 1953, wieder lebendig!

Der 9. November 1989 ist ein Beleg dafür, dass keiner der Politiker, sondern es die Deutschen selbst waren, die das marode DDR-System herausforderten und schließlich zu Fall brachten. Große Veränderungen haben ihren Anfang nicht am Schreibtisch gemacht, sondern auf der Straße.

Doch gerade weil das SED-Unrechtsregime so viele Bürger überwacht, bespitzelt, verfolgt, gequält, eingesperrt und auch ermordet hat, müssen wir wachsam sein – wachsam sein auch deshalb, weil immer mehr Unterdrücker von damals heute wieder mitspielen, stellenweise gar den Takt vorgeben.

„ Unterdrücker von damals spielen heute wieder mit. “

Die Parteien von Rot bis Schwarz nennen sich selbstverliebt Demokraten. Sie sind in Wirklichkeit aber Gegner der Freiheit und Souveränität unseres Volkes und unserer Heimat.

Sie reden von Demokratie, billigen es aber, wenn die Bürger und die Wirtschaft durch ausländische Geheimdienste überwacht werden. Mit Unterstützung des deutschen Bundesnachrichtendienstes!

Sie reden von Demokratie, lassen es aber zu, daß Deutschland seit 1945 nicht souverän und somit fremdbestimmt ist. Sie lassen es zu, daß nach wie vor fremde Truppen in unserer Heimat stationiert sind, die einerseits eine Bedrohung für uns alle darstellen und andererseits als Plattform für völkerrechtswidrige Kriege auf dem ganzen Erdball Verwendung finden.

Sie lassen es zu, daß in unserer Heimat so viel Unrecht geschieht. Unrecht, dem Kinder, Familien und Arbeitnehmer ausgesetzt sind.

Sie sprechen von einer Demokratie, also einer Volksherrschaft. Diese existiert in unserer Heimat aber nicht. Ihre Demokratie ist nichts anderes als eine Parteiendiktatur, in der das Volk, die Bürger nichts zu sagen haben.“

In der Debatte sprachen noch Johann-Georg Jaeger (B' 90/ DIE GRÜNEN) sowie Udo Pastörs (NPD). Zum Abschluss ergriff der Vorsitzende der SPD-Fraktion das Wort:

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Stolz auf die friedliche Revolution“

„Wir dürfen nicht denjenigen das letzte Wort in einer solchen Debatte überlassen, die nichts, aber auch gar nichts dazu beigetragen haben, dass es vor 25 Jahren eine friedliche Revolution in Deutschland gegeben hat, auf die wir Demokraten, Herr Pastörs, alle gemeinsam sehr stolz sind und immer sein werden.“ Ich bedanke mich für die faire Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt.“

Die Debatte im Wortlaut



können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: www.landtag-mv.de (Plenarprotokolle). Auf dem YouTube-Kanal des Landtages finden Sie das Video der Plenarsitzung, sodass Sie sich die Debatte auch anschauen können.

Länder- finanzausgleich

Nicht öffentliche Anhörung im Finanzausschuss zur Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

In einer nicht öffentlichen Anhörung am 27. November hat der Finanzausschuss unter Beteiligung der Landtagspräsidentin und der Finanzministerin Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zur Frage der Beteiligung der Landesparlamente und der Kommunen bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 angehört.

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, zugleich Vorsitzende der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, hat den Ausschussmitgliedern zunächst den bisherigen Verfahrens- und Beratungsverlauf dargestellt. Dabei wurde deutlich, dass sich die Bemühungen um eine adäquate Beteiligung der Landesparlamente bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen inzwischen über mehrere Jahre erstrecken. Inhaltlich seien diese Bemühungen darauf fokussiert, das Königsrecht der Parlamente – das Budgetrecht – zu wahren. Kernanliegen



Foto: Landesvertretung Brandenburg

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider beim Treffen mit Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz.

der Landtagspräsidenten sei es, den Parlamenten politische Gestaltungsspielräume zu erhalten, um die spezifischen Landesinteressen angemessen berücksichtigen zu können. So sei es ein erheblicher Unterschied, ob eine bestimmte Summe in den Landeshaushalt überwiesen werde oder ob es sich bei derselben Summe um Mittel handelt, die vom Bund mit einer Zweckbindung überwiesen werden. Im letzteren Fall bestünde für das Landesparlament kein politischer Gestaltungsspielraum.

Bretschneider erklärte, was die Forderung nach der Beteiligung der Parlamente in dieser Phase bedeuten könne,

Finanzausschuss besuchte Schloss Bothmer



Foto: Landtag M-V

Um sich über die Verwendung öffentlicher Gelder vor Ort zu informieren, besucht der Finanzausschuss Institutionen und Einrichtungen, die nicht unerhebliche Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten haben. Nachdem die Abgeordneten in der ersten Jahreshälfte das Bauvorhaben der Universitätsmedizin Rostock in der Schillingallee und die Nordic Yards Werft in Rostock-Warnemünde besichtigt hatten, stand am 30. Oktober mit Schloss Bothmer ein Projekt aus dem Bereich Schlösser und Gärten des Landes auf dem Besuchsprogramm.

Bei ihrem Rundgang durch die Außenanlage und die Innenräume des Schlosses gewannen die Abgeordneten einen Eindruck von den bereits erfolgreich umgesetzten Baumaßnahmen. Vertreter des Finanzministeriums und des Landesbetriebes für Bau und Liegenschaften (BBL M-V) informierten über die bereits investierten finanziellen Mittel, die noch anstehenden Arbeiten und die künftigen Nutzungspläne. Bis zum Ende der Baumaßnahmen im Mai 2015 werden insgesamt rund 36 Mio. Euro – zu einem großen Teil aus EU-Mitteln – investiert worden sein.

nämlich die Informationen aus erster Hand zu bekommen. Auch wenn die Verhandlungsergebnisse zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern für die Landesparlamente von eminenter Bedeutung seien, wäre eine aktive Beteiligung an den extrem dynamischen Verhandlungen mit parlamentarischen Abläufen schlicht nicht vereinbar. Die Verhandlungen würden sich, was in diesen Tagen besonders deutlich werde, in einem ständigen Austarieren von Interessenlagen vollziehen. Daher müssten die Verhandlungsführer über ein weites Verhandlungsmandat verfügen. Vorgaben, etwa in der Form eines Landtagsbeschlusses, seien in dieser Phase nicht förderlich und wären auch nicht in das Verfahren einführbar.

Die Landtagspräsidentin informierte ferner darüber, dass sie als Vorsitzende der Landtagspräsidentenkonferenz gemeinsam mit dem sächsischen Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler im Anschluss an die Beratung im Finanzausschuss noch am selben Abend ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, und seiner Stellvertreterin Christine Lieberknecht (Thüringen) führen werde. Dabei würden sie über die an diesem Tag erfolgte Beratung der Regierungschefs der Länder informiert und zudem die Gelegenheit bekommen, die Anliegen der Landesparlamente ins Beratungsverfahren einzubringen.

Finanzministerium

Finanzministerin **Heike Polzin** legte dar, wie schwierig es ist, bei den unterschiedlichen Länderinteressen zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Insofern sei auch der Zusammenhalt der finanzschwächeren Bundesländer positiv zu bewerten. Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern solle die Finanzkraft der Kommunen in das neue Ausgleichssystem einbezogen werden. Bayern sei angesichts seiner finanzstarken Kommunen gegenteiliger Auffassung. Grundsätzliche Einigkeit zwischen den Ländern bestehe darin, das Volumen des Solis beizubehalten. Als eine Alternative wäre etwa die Einbindung in die Einkommenssteuer denkbar.

Kommunale Spitzenverbände

Der Geschäftsführer des Landkreistages M-V **Matthias Köpp** betonte, dass die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein sehr schwieriges, aber auch dringendes Problem sei, das unmittelbare Auswirkungen auf die Landkreise habe. Letztlich sollten die Landkreise bei der anstehenden Neuregelung beziehungsweise Neuverteilung einen eigenen Zugang zu den Steuern bekommen.

Thomas Deiters, Kommissarischer Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages M-V, machte auf eine aus kommunalrechtlicher Sicht bestehende Besonderheit aufmerksam. Zwar werde auf Bundesebene über eine mögliche Berücksichtigung der Altschulden diskutiert, jedoch werde dabei nur auf die Altschulden und nicht auch auf das bestehende Vermögen der einzelnen Kommunen abgestellt.

Erneuerbare Energien

Öffentliche Anhörung im Energieausschuss zu Netzausbau und Netzentgelten

Während seiner Plenarsitzung am 10. April hatte der Landtag auf Initiative der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN das Thema „Bundesweit einheitliches Netzentgelt einführen: Kosten für den Netzausbau regional fair verteilen“ debattiert. Der Antrag der Grünen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene umgehend für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Netzentgeltes einsetzen solle, wurde zur Detailberatung in den Energieausschuss überwiesen. Dieser führte am 5. November hierzu eine Öffentliche Anhörung durch.

Die Kosten für die Nutzung und den Ausbau der Stromnetze weisen regional erhebliche Unterschiede auf. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann die in Deutschland angestrebte Energiewende als zentrales gesellschaftliches Projekt nur gelingen, wenn Kosten und Nutzen regional fair verteilt werden. Entsprechend der EEG-Umlage sollten somit auch die Netzentgelte bundesweit einheitlich geregelt werden.



Foto: Jens Büttner

Die Kosten für Nutzung und Ausbau der Stromnetze sollen regional gerecht verteilt werden.



Der Energieausschuss befragte neun Sachverständige zum Thema Netzausbau und Netzentgelte.

Fotos Landtag M-V

Anhand dieser thematischen Ausrichtung hatten sich die Vertreter aller Fraktionen im Energieausschuss darauf verständigt, die Zielrichtung der Thematik zu erweitern, und 66 Fragen zu den folgenden Bereichen erarbeitet:

- Anpassung der Netze an die Erfordernisse der Energiewende
- Rechtliche und politische Rahmenbedingungen
- Kosten
- Akzeptanz des Netzausbaus
- Bundeseinheitliches Stromnetzentgelt
- Landesregulierungsbehörde für Netzentgelte

Zu den Sachverständigen zählten Vertreter der Bundesnetzagentur, der Bundesverbände für Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sowie Erneuerbare Energien (BEE), des Leipziger Instituts für Energie sowie der Stiftung Umweltenergie recht. Zudem stellten sich Vertreter der Netzbetreiber 50Hertz Transmission GmbH und WEMAG AG, der Vereinigung der Unternehmensverbände M-V sowie des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU-Nord) den Fragen der Abgeordneten. Ebenfalls eingebunden war die Universität Rostock.

Alle Anzuhörenden stimmten darin überein, dass die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland vom Ausbau und von der Modernisierung der Netzinfrastruktur abhängig sei. Grundsätzlich seien die rechtlichen sowie politischen Rahmenbedingungen für einen Ausbau gut, weil bundesweit ein weitgehender Konsens bei diesem Thema bestehe. Die Kosten für eine umfassende Anpassung der Netze an die zukünftigen Anforderungen, auch darin waren sich die Experten einig, seien allerdings sehr hoch. Vor dem Hintergrund einer breiteren Akzeptanz der Belastungen sprachen sich die Sachverständigen für eine volle Kostenkontrolle und eine 100-prozentige Kostentransparenz aus. Insgesamt benötige man eine gerechte und regional einheitliche Finanzierung der Netzausbau- und Unterhaltungskosten. Die Mehrzahl der Anzuhörenden sprach sich zudem für die Kündigung der Organleihe bei der Bundesnetzagentur und die Etablierung einer eigenen Regulierungsbehörde in Mecklenburg-Vorpommern aus.

Freie Schulen

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss zur Änderung des Schulgesetzes

Nach massiven Protesten der Privatschulen an der Neuregelung ihrer öffentlichen Zuschüsse will die Landesregierung die Finanzierung wieder vereinfachen. Ein entsprechend geändertes Schulgesetz hatte der Landtag am 17. September in Erster Lesung debattiert und zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss überwiesen. Am 29. Oktober führte der Bildungsausschuss eine Öffentliche Anhörung durch, um Sachverständige und Betroffene zur Gesetzesnovelle zu befragen.

Bisher wurden die Schülerkosten- und Förderbedarfssätze schuljährlich erneut berechnet und in der Privatschulen-Kostenverordnung für jedes Schuljahr verbindlich festgesetzt. Durch das Änderungsgesetz sollen die Schülerkosten- und Förderbedarfssätze mit den für das Schuljahr 2014/15 errechneten Kostensätzen auf Dauer festgeschrieben und ab dem Schuljahr 2015/16 schuljährlich der Tarifentwicklung des Vorjahres angepasst werden.



Schülerinnen und Schüler der privaten Neumühler Schule Schwerin verfolgen die Anhörung, in der es auch um die Finanzierung ihrer Schule ging.

13 Sachverständige – darunter Träger freier Schulen und Schulleiter – trugen unterschiedliche Meinungen zum Gesetzentwurf vor. Positiv hervorgehoben wurde beispielsweise, dass die Privatschulen mit den geplanten Neuregelungen mehr Planungssicherheit bei weniger Bürokratie erhalten. Auch dass es durch die Anhebung der Finanzhilfessätze auf 80 Prozent für Bildungsgänge wie Alten- und Krankenpflege oder Heilerziehungspflege zu deutlich sinkenden Schulgeldbeiträgen an den Beruflichen Schulen kommen wird, wurde begrüßt. Negativ angemerkt wurde unter anderem, dass im Gesetzentwurf nur für Förderschulen die Rückzahlung gekappter Zuschüsse vorgesehen ist, um hier die Einführung von Schulgeld zu vermeiden. Das Problem betreffe auch andere Schulen, sodass die Beschränkung auf Förderschulen ungerecht sei.

In seiner Folgesitzung am 5. November wertete der Bildungsausschuss die Anhörung aus. Die abschließende Beratung fand am 26. November zusammen mit dem Finanzausschuss statt. Die erarbeitete Beschlussempfehlung für die Zweite Lesung im Landtag am 10. Dezember enthält diverse Änderungen. So empfiehlt der Bildungsausschuss unter anderem, für die beruflichen Bildungsgänge Rettungsassistenten und Notfallsanitäter den Finanzhilfessatz ebenfalls auf 65 Prozent zu erhöhen, sodass auch für diese Bildungsgänge das Schulgeld gesenkt werden kann.

Demografiestempel und Dorfkümmerer

Enquete-Kommission hört Experten aus anderen Bundesländern

Am 7. November informierte sich die Enquete-Kommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ über Beispiele aus anderen Bundesländern zum Umgang mit der demografischen Entwicklung. Die Demografiebeauftragte der Stadt Bielefeld Susanne Tatje berichtete über ihre Arbeit, und Anna-Dorothea Werner stellte das Projekt der „Dorfkümmerer“ in Brandenburg vor.

Susanne Tatje ist erste bundesdeutsche Demografiebeauftragte und Leiterin des neu eingerichteten Amtes für Demografie und Statistik der Stadt Bielefeld, das bundesweit in dieser Form einmalig ist. Als Demografiebeauftragte entwickelte sie das städtische Gesamtkonzept „Demografischer Wandel als Chance?“ und den sogenannten „Demografie-Stempel“, der Prüfkriterien für Planungskonzepte in der Verwaltung enthält. Handlungsschwerpunkte des Demografie-Stempels sind die Integrations- und Migrationspolitik, Kinder- und Familienpolitik, Stadtentwicklung, Bildung und Qualifizierung, Gesundheit und Alter sowie Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt.



Susanne Tatje, Demografiebeauftragte der Stadt Bielefeld

Fotos: Landtag M-V



Anna-Dorothea Werner, Projekt Dorfkümmerer in Brandenburg

Anna-Dorothea Werner berichtet über die Erfahrungen mit dem Projekt „Dorfkümmerer“ in Brandenburg. Dorfkümmerer sind aktive über 55-Jährige, die sich in ihren Gemeinden engagieren. Sie fördern den Wissensaustausch zwischen lokalen Akteuren und fachlichen Beratern und animieren zu sozialunternehmerischem Handeln. Beschreiben könne man sie als „Soziale Pioniere“, „Problemlöser“, „Netzwerker“ und „Kooperationspartner“, erläuterte Werner. Dorfkümmerer erkennen und thematisieren Probleme vor Ort und sensibilisieren die Bewohner für zivilgesellschaftliches Engagement. Nach Qualifizierungswochen und Ideenwerkstätten würden die Projekte umgesetzt werden. Trotz vielschichtiger Herausforderungen tragen Dorfkümmerer dazu bei, das dörfliche Leben zu erhalten und kleine Orte aus sich heraus zu stärken.

In der Kommissions-Sitzung am 28. November berichtete Christian Frenzel, Chef der Staatskanzlei, über den aktuellen Stand zum Aufbau der Ehrenamtsstiftung des Landes. Anschließend erläuterte Petra Schmidt-Kaden vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung den Prozess zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes. Am 5. Dezember stellten das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH und plan:mobil der Enquete-Kommission den zweiten Teil des Gutachtens zum Themenfeld „Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ vor.

Die Sitzungen der Enquete-Kommission im Plenarsaal des Schlosses sind in der Regel öffentlich. Interessierte Gäste erhalten über das Hauptportal Zutritt.



Fotos: Jonas Knopp

v.l. Die Linke-Abgeordnete Jacqueline Bernhardt und Vize-Präsidentin Silke Gajek im Gespräch mit Rudolph Conrades (Projektleiter des „Geschichtspfades Freiheit Schwerin“) und den Zeiteinspringerinnen Annemarie Borck und Charleen Ratke.

Zeiteinspringer

10. Jugendgeschichtestag im Landtag M-V

Am 20. November war es wieder soweit: Beim Jugendgeschichtestag stellten rund 150 Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern im Plenarsaal des Schweriner Schlosses ihre Geschichtsprojekte vor. Die Veranstaltung, die in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum feiert, bot den „Zeiteinspringern“ die Möglichkeit, ihre Ergebnisse an kleinen Ständen zu präsentieren, den anderen Zeiteinspringern näherzubringen und Erfahrungen bei der Erforschung von Regionalgeschichte auszutauschen.

Auch Vize-Landtagspräsidentin **Silke Gajek** nahm an der Projektmesse, die unter der Schirmherrschaft von Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider steht, teil. Sie eröffnete die Veranstaltung und lobte die Themenvielfalt der Projekte sowie das Interesse der Schülerinnen und Schüler, Alltagsgeschichten in ihrer Heimatregion auf den Grund zu gehen. Mit der Möglichkeit, die Ergebnisse im Landtag zu präsentieren, sowie der finanziellen Unterstützung der Abschlussveranstaltung würdigte der Landtag das Engagement der „Zeiteinspringer“, betonte sie.

Die Jugendlichen hatten sich große Mühe gegeben, der oft als verstaubt geschmähten Geschichte neues Leben einzuhauchen. Es wurde recherchiert, Zeitzeugen wurden befragt, Radioshows erstellt, Filme aufgezeichnet und geschnitten.

Auf der Presse- und Gästetribüne des Plenarsaals konnte man eigens erstellte Filme bestaunen, sich in Plakate vertiefen oder sich anhand von Schautafeln das jeweilige Projekt erläutern lassen. Ein buntes Programm im Plenarsaal sorgte zusätzlich für Information, Spaß und Unterhaltung.

Gleich zwei Petermännchen wirkten am Tanzprojekt des Club Europa Schwerin e. V. mit.



33 Zeiteinspringer-Teams waren in diesem Jahr bei der Abschlusspräsentation im Landtag dabei und stellten ihre recherchierten Geschichten vor. Den Zeiteinspringern war es dabei besonders wichtig zu zeigen, dass selbst vermeintlich unbedeutende Ereignisse Teil der Geschichte sind. Das ist es auch, was den Jugendgeschichtestag ausmacht: Die Hobby-Historiker beschäftigen sich nicht ein weiteres Mal ausschließlich mit dem, was sie schon im Geschichtsunterricht behandelt haben, sondern sie nehmen beispielsweise die Geschichte ihrer Kirchenglocken oder ihres Wohnviertels unter die Lupe. Die Schülerinnen und Schüler des Projektes „Geschichtspfad Freiheit Schwerin“ zum Beispiel wollten ein modernes Denkmal setzen und an die Geschichte ihrer Stadt erinnern. Zum einen ist ihnen das durch kurze Erinnerungstexte an verschiedenen Plätzen der Stadt gelungen. Zum anderen wurde zusätzlich jeweils ein QR-Barcode erstellt, der nach dem Scannen weitere Informationen preisgibt. Die jungen Forscher wollen dadurch auch Lehrer mit ihren Schulklassen motivieren, sich auf moderne Art und Weise mit Geschichte zu befassen. Sie wollen die Informationen auch nach Ablauf des Projektes stetig ergänzen und erweitern.



Autor dieses Beitrages ist Jonas Knopp. Der 18-Jährige absolviert im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie.

Es geht weiter

Das Projekt „Zeiteinsprünge“ wird auch im kommenden Jahr durch die Stiftung Demokratische Jugend in Kooperation mit dem Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V. ermöglicht. Für ihre Projekte können die Teams eine finanzielle Unterstützung von bis zu 1.250 Euro beantragen. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2015. Ansprechpartner ist Dirk Siebernik, Tel. 0385 - 5 89 98 94, d.siebernik@inmv.de, www.jugend.inmv.de www.facebook.com/zeiteinspruenge

Willkommen

Praktikanten und FSJler können im Landtag Erfahrungen sammeln

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr über 1000 Praktikanten beschäftigt, die im Durchschnitt drei bis vier Wochen in Landesministerien oder untergeordneten Landesbehörden gearbeitet haben – zum übergroßen Teil ohne Bezahlung. Nur einige wenige der Praktikanten hätten eine Vergütung aus der Landeskasse erhalten. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Grünen-Landtagsabgeordneten Johannes Saalfeld hervor. Ist das auch ein Thema in der Landtagsverwaltung? LandtagsNachrichten befragten hierzu Landtagsdirektor Armin Tebben.

Beschäftigt auch der Landtag Praktikanten?

Armin Tebben: Ja. Da die Landtagsverwaltung selbst in vier Berufen ausbildet, verfügen wir zwar über keine ständigen Praktikumsplätze. Aber auch bei uns gehen zahlreiche Praktikums-Bewerbungen ein. Wir entscheiden jeweils im Einzelfall, ob die Betreuung eines Praktikanten oder einer Praktikantin möglich ist. Das hängt vom Praktikumszeitraum und gewünschten Einsatzbereich sowie unseren personellen Kapazitäten ab.

Wie viele Praktikanten sind das pro Jahr?

Armin Tebben: Das variiert von Jahr zu Jahr. Im Durchschnitt sind es jährlich 25 bis 30 Praktikantinnen und Praktikanten.

Was für Praktika kann man in der Landtagsverwaltung absolvieren?

Armin Tebben: Wir betreuen Schüler, die sich bei uns im Rahmen der Berufsorientierung um ein Betriebspraktikum bewerben. Eine weitere Gruppe sind Studenten von Universitäten und Hochschulen, z.B. von der FH für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow, zu deren Ausbildung Pflichtpraktika gehören, sowie Praktikanten in Ausbildungsberufen. Schließlich nehmen wir auch Praktikanten im Rahmen von therapeutischen Belastungsproben und in Arbeitsförderungsmaßnahmen auf.

Wo werden die Praktikanten eingesetzt, und welche Aufgaben bekommen sie?

Armin Tebben: Das hängt von der Art des Praktikums ab. Schülerpraktikanten durchlaufen in ihrem ein- bis dreiwöchigen Praktikum in der Regel die verschiedenen Referate und lernen so die umfangreiche Arbeit der Landtagsverwaltung kennen. Der Einsatz der Anwärter im Rahmen ihrer Ausbildung erfolgt nach Zuweisung durch das Innenministerium in den Ausschussekretariaten der parlamentarischen Abteilung. Studienpraktikanten, deren Pflichtpraktika bis zu 20 Wochen umfassen, werden auch vorwiegend in den Ausschussekretariaten und im Justitiariat eingesetzt. Sie nehmen an Ausschuss- und Landtagsitzungen teil, wirken bei



Foto: Landtag M-V

Emilia Orlova studiert im 7. Semester an der Uni Greifswald Politikwissenschaft und Slawistik. Sie absolviert zurzeit im Europa- und Rechtsausschuss ihr neunwöchiges Studienpraktikum – hier mit dem Ausschussvorsitzenden Detlef Müller vor der Öffentlichen Anhörung im Plenarsaal zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP.

der Vor- und Nachbereitung von Ausschuss-Sitzungen mit, recherchieren selbstständig zu bestimmten Themen, erstellen Zuarbeiten, übersetzen Texte, bearbeiten verschiedene Rechtsfragen und fertigen hierzu Vermerke an.

Bei Praktikanten in Arbeitsförderungs- und in therapeutischen Maßnahmen stimmen wir den Einsatz mit Bildungsträger/Arbeitsagentur bzw. Therapieeinrichtung ab. Gegenstand dieser Praktika sind die vorgesehenen Aus- bzw. Fortbildungsinhalte der jeweiligen Maßnahme. Rehabilitanden werden mit Aufgaben betreut, die eine schrittweise berufliche Reintegration ermöglichen sollen. Hier geht es vor allem darum, unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten die Belastungsfähigkeit in einer realen Arbeitssituation zu erproben.

Bezahlt der Landtag seine Praktikanten?

Armin Tebben: Die Frage stellt sich bei uns nicht. Bei Schüler- und Studienpraktikanten gehören Praktika zur regulären Ausbildung. Praktikanten in Arbeitsförderungsmaßnahmen erhalten ein Entgelt über die jeweilige Fördermaßnahme, Anwärter des Landes bekommen im Rahmen ihrer Ausbildung Bezüge, und Praktikanten in Ausbildungsberufen werden im Ausbildungsverhältnis durch den jeweiligen Arbeitgeber bezahlt.

Seit 2008 können junge Leute im der Landtagsverwaltung auch ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. Wird dieses Angebot angenommen?

Armin Tebben: Auf jeden Fall. Wir bieten zwei Spezialisierungen an: das FSJ in der Demokratie und seit 2012 auch das FSJ in der Denkmalpflege. Bewerbungen bekommen wir aus dem gesamten Bundesgebiet. Meist interessieren sich Abiturienten für ein FSJ im Landtag, um ihre Ausbildungsentscheidung noch ein Jahr reifen zu lassen oder auch schon praktische Erfahrungen vor ihrem Studium zu sammeln. Mittlerweile haben insgesamt 24 junge Frauen und Männer ein FSJ bei uns absolviert – 20 in der Demokratie und vier in der Denkmalpflege. Seit August haben wir drei neue FSJler: Jonas Knopp in der Stabsgruppe, Thies Junk im Sekretariat des Europa- und Rechtsausschusses und Magnus Stein im Baureferat. Neben der Landtagsverwaltung bieten übrigens auch die demokratischen Fraktionen das FSJ in der Demokratie an.



Politikerinnen-Austausch im Landtag -v.l. Mimoza Kusari-Lila, Bürgermeisterin der Stadt Gjakova/Đakovica; Puhie Demaku, Mitglied im Parlament der Republik Kosovo; Regine Lück, 2. Vizepräsidentin des Landtages; Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages; Marija Obradović, Parlament der Republik Serbien; Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, Dijana Vukomanović, Dubravka Filipovski und Anamarija Viček, Abgeordnete des Parlamentes der Republik Serbien.

Vermischtes

Im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland besuchten Anfang Dezember Politikerinnen aus Südosteuropa Schwerin. Die Parlamentarierinnen aus den Republiken Serbien und Kosovo führten auf verschiedenen Ebenen politische Gespräche, bei denen insbesondere das Thema „Frauen in der Politik“ im Mittelpunkt stand. Im Landtag traf die Delegation Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sowie die Vizepräsidentinnen Beate Schlupp und Regine Lück. Einen Informationsaustausch gab es auch mit den frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN.

Foto: Informationsdienst VuR



Bei der Ehrung der „Sterne des Sports“ am 27. November im Sportforum Rostock würdigte Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück (links) das ehrenamtliche Engagement unzähliger Sportlerinnen und Sportler, Übungsleiter und Trainer in den Sportvereinen des Landes. Als Landessieger des Wettbewerbs, den die

Volksbanken Raiffeisenbanken in M-V zusammen mit dem Landessportbund M-V seit 2004 alljährlich ausschreiben, wurde der Lübzener SV e. V. für sein Projekt „Integration von Menschen mit geistiger Behinderung“ geehrt. Der 2. Platz ging an die Rollstuhltanzgruppe des Behindertenverbandes Neubrandenburg e. V.

Wie die Heinzelmännchen sind sie mit ihrer Arbeit meist schon fertig, wenn die Abgeordneten und Fraktionsmitarbeiter frühmorgens zur Arbeit ins Schloss kommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schweriner Dreescher Werkstätten sorgen tagtäglich für Sauberkeit rund ums Schloss, reinigen Wege und Anlagen, fegen Laub und leeren Papierkörbe. Mit der Vergabe des Reinigungsauftrags an die Dreescher Werkstätten unterstützt die Landtagsverwaltung die gemeinnützige Einrichtung, deren Zweck es ist, Menschen mit Behinderung ein

Fotos: Landtag M-V



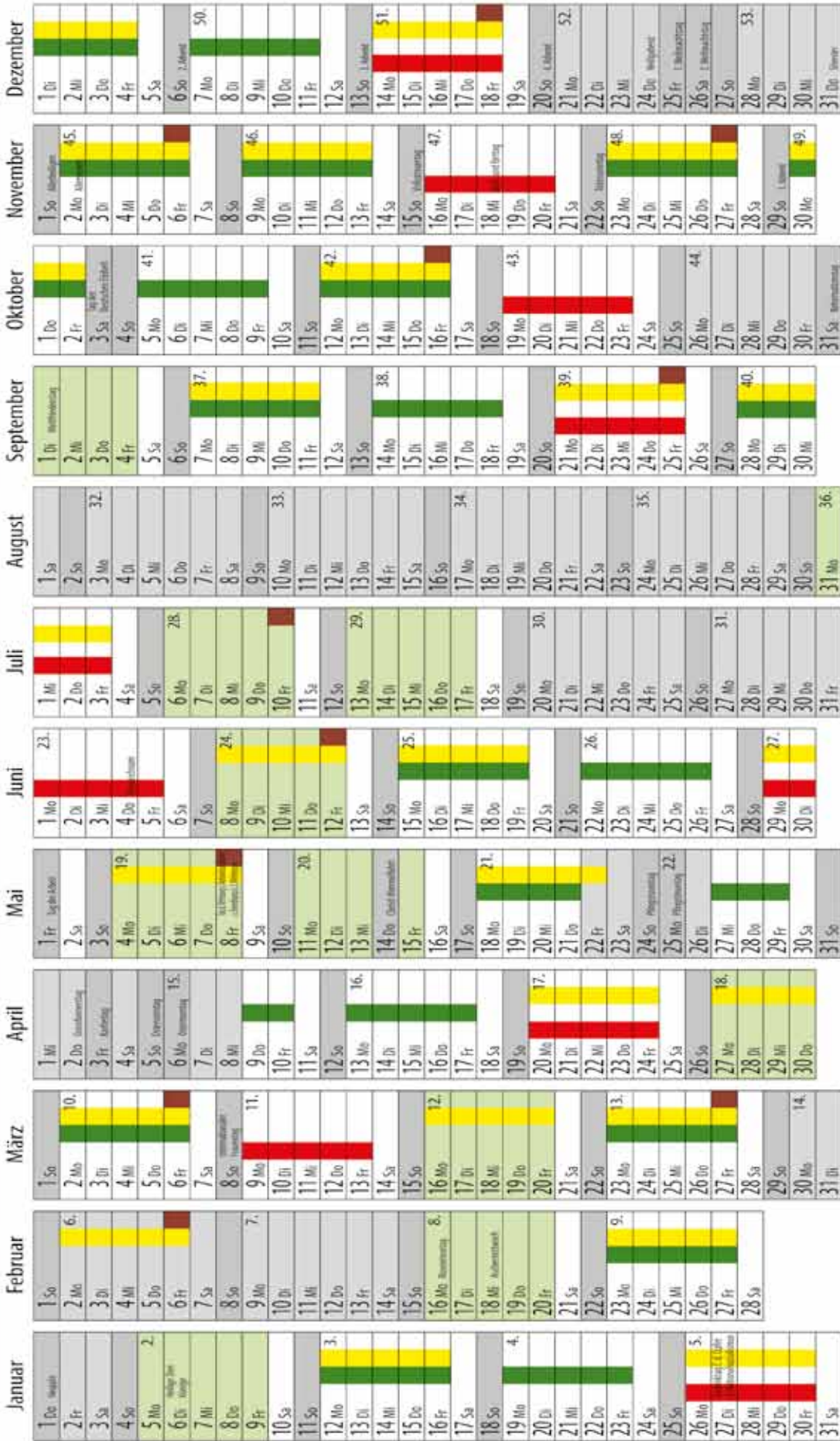
möglichst selbstbestimmtes, freies und würdevolles Leben zu ermöglichen. Im Dezember sorgen die „guten Geister vom Dreesch“ zudem mit einem geschmückten Adventskranz für vorweihnachtliche Stimmung im Schweriner Schloss.



Rund 400 Besucherinnen und Besucher nutzten am 15. November die Möglichkeit, sich die Baustelle im Schloss-Innenhof anzuschauen und den freigelegten slawischen Burgwall zu besichtigen. Grabungsleiterin Marlies Konze sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung erläuterten das Bauvorhaben sowie die archäologischen Arbeiten und zeigten Fotos von gefundenen historischen Zeugnissen. Inzwischen hat die Sicherung des Walls begonnen. Der freigelegte Teil wird ausgebaut, konserviert und soll später ausgestellt werden.

Im Schlossinnenhof entsteht zurzeit eine Versorgungsstrasse, die Leitungen für Wasser, Strom und Technik, u.a. für den neuen Plenarsaal im Schlossgartenflügel, aufnehmen soll.


Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2015



**Mecklenburg
Vorpommern**
Landtag

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Stand: 28. April 2014



17 Meter hoch ist die Douglasie, die in diesem Jahr am Schweriner Schloss für weihnachtliche Stimmung sorgt. Den tonnenschweren Prachtbaum hat Malermeister Patrick Edert aus Mestlin (Landkreis Ludwigslust-Parchim) spendiert. Geschmückt mit rund 500 energiesparenden LED-Lämpchen, wird der Baum bis zum Sternsinger-Empfang des Landtages Mitte Januar Einheimische und Touristen, Abgeordnete und Landtagsmitarbeiter mit seinem Glanz erfreuen.

*Wir wünschen
allen Leserinnen und Lesern
der LandtagsNachrichten
ein frohes Weihnachtsfest
und alles Gute
für das neue Jahr!*